

# Wochenchrift für den gesamten Osten

Mitbegründer: Dr. Franz Lüdtke. Verlag Bund Deutscher Osten e. V., Berlin W 30.

Erscheint wöchentlich einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1.50 M., Einzelnummer 20 Pf. und 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 4 gelbptentten Zeile 45 Pf.

Nr. 37.

Berlin, 14. September 1934.

15. Jahrg.

Inhalt: S. 435: Die Verensprobe. — S. 434: Preußland, Polen und Serb. — S. 435: Was einmal: Ruffischer Selbstmord. — Die Unterdrückung des Handelslands. — S. 436: Staatsoberhaupt Simons 60 Jahre alt. — S. 437: Das unerschöpfliche Ostien Kapital in Polen. — Stetensgeheimt Reizen — Gleisig — Sinsenburg. — S. 438: Ostian-Bekehr. — S. 441: Die Polen in Deutschland. — Gehirn und Bewegung im politischen Deutschland. — S. 442: Die malische Flotte 1934. — S. 443: Der Schultzmann des Wäntlers. — S. 444: Was der Weltgeschichte der e. Kirche in Womburg. — Pöler.

## Die Nervenprobe.

Es war vorauszu sehen, daß Polen einmal vor die Notwendigkeit gestellt werden würde, die Erzeugnisse seiner selbständigen Außenpolitik gegen denjenigen Staat zu verteidigen, der sich durch die Entwicklung Polens vom Balkan zur Großmacht in seinen Interessen besonders verletzt fühlt. Dieser Zeitpunkt ist heute gekommen. Frankreich hat sich mit den anderen Feinden einer polnischen Großmachtsstellung, mit der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Litauen, zusammengesetzt und Polen in die Defensive gezwungen. Diese Lage wird auch in Polen mit aller Klarheit erkannt; und selbst die nationaldemokratischen Kreise, die sonst nur allzu leicht dazu neigen, alles, was von Paris kommt, für gut und richtig zu halten, scheinen diesmal das unbehagliche Gefühl nicht loswerden zu können, daß der französische Freund und Bundesgenosse es darauf abgesehen hat, Polen um die Erzeugnisse seiner selbständigen Außenpolitik zu betrügen.

„Diese Erzeugnisse“, schrieb die offizielle „Gazeta Polska“ am Tage der Eröffnung der Völkerbundtagung, seien heute gefährdet. Es seien nebsthafte und unklare Projekte aufgestellt worden, die das nicht berücksichtigten, was schon erreicht ist. Die Weltbehüte, deren sich diese komplizierten Pläne in anderen Staaten erfreuen, könnten nichts daran ändern, daß sie bemächtigt oder undemächtigt auf die Schwächung oder überhaupt auf die Zerstörung der bereits bestehenden Abkommen, vor allem des deutsch-polnischen Verständigungsabkommens, abzielen. „Unsere Volksmeinung“, heißt es weiter in dem Artikel des Warschauer Blattes, „ist im Hinblick im klaren, daß sich die polnische Diplomatie in diesem Augenblick in einem Kampfe befindet, in dem sie eine für uns unangehene wichtige Erzeugnisse zu verteidigen hat... Minister Beck steht in Genf nicht allein. Er hat das ganze Land hinter sich, das zwar beunruhigt, aber doch entschlossen ist, unseren gerechten Standpunkt zu wahren.“

Oberk Beck hat in Genf um die außenpolitische Selbständigkeit Polens zu kämpfen, deren wesentlicher Bestandteil die deutsch-polnische Verständigungsabkommens ist. Die Frage, um die es für Polen in Genf geht, ist die, ob der außenpolitische Kurs der beiden letzten Jahre an der französischen Völkervereinigung festhalten soll oder ob die Erfolge, die er gebracht hat, für Polen ein wichtiger und dauerhafter Gewinn bleiben sollen. Es läßt sich nicht abstreiten, daß sich die Dinge in letzter Zeit nicht mehr so entwickelt haben, wie Polen es wünschte: Lettland und Estland haben sich in ihrer Einstellung zu Polen nicht als unbedingt zuverlässig erwiesen. Vor allem ist die von Warschau besonders erstrebte Annäherung an Litauen an dem sich vertiefenden Widerstand des kleinen Nachbarn, der von Rußland und Frankreich aus seiner Völkervereinigung befreit wurde, vorerst gescheitert. Im Südoften hat Warschau seine Absicht, in ein engeres politisches Zusammenwirken mit Rumänien zu kommen, zunächst wieder aufgeben müssen; und die Tatsache, daß in der Behandlung der polnischen Volksgruppen in Ostschlesien keine politischen Möglichkeiten gemacht, das landweiliche Rückwärtsgehen. Aber sie ändern an der Tatsache nichts, daß Polen nach unzeitiger diplomatischer Bemühungen, sich aus der französischen Vormachtschaft zu befreien, härter und einflussreicher darstellt als jemals zuvor. Nur Leute, die der Meinung sind, daß sich die

schwierigsten Probleme aus dem Handgelenk lösen lassen, werden sich von solchen Rückschlüssen, wie sie die polnische Politik in den letzten Wochen erlebt hat, einschüchtern und dazu bewegen lassen, auf ihren politischen Kurs zu verzichten.

Für Polen liegt keine Veranlassung vor, das Spiel gegen Frankreich verloren zu geben. Es kommt in der Krise, in der sich die polnische Außenpolitik gegenwärtig befindet, darauf an, ob Warschau härtere Nerven besitzt als Paris. Was die Nerven anlangt, so ist es damit am Quai d'Orsay und im verbündeten Kreml nicht allzuweit her. Die baltischen Aktionen des russischen Außenministers und die komplizierten Projekte des französischen Außenministers tragen lo deutsche Zeichen einer großen Verbrauchttheit und unzeitiger Hoffen, daß ein polnischer Außenminister, der mit ruhiger Beharrlichkeit an seinen Plänen festhält und, wenn es darauf ankommt, auch zu warten versteht, sich schon allein dadurch, daß er das kann, in einer günstigeren Position als seine Widersacher befindet. Die kleinen Staaten, mit denen es Polen in seiner Außenpolitik in erster Linie zu tun hat, unterliegen zwar im Augenblick leicht dem imponierenden Eindruck und der Verdrossenheit der überlegenen französischen Macht. Auf die Dauer aber werden auf diese Staaten baltischen Mächte die größere Anziehungskraft ausüben vermögen, deren Politik eine größere Stetigkeit sichert und somit härtere Elemente eines organischen Aufbaues birgt.

Frankreich hat nichts unterlassen, um die polnischen Nerven auf eine möglichst harte Probe zu stellen. Es hat nicht nur Moskau, Kauen und Prag in ihren antipolnischen Aktionen ermuntert, nicht nur die polnischen Völkervereinigungen durchkreuzt, nicht nur wirtschaftliche Schwierigkeiten gemacht, sondern schließlich auch die ihm gegönnte Presse verschiedenartiger Vänder zu einer Heftkampagne gegen Polen mobilisiert und eine Attacke gegen den polnischen Außenminister geritten, indem es durch die Agentur „Radio“ die Nachrichten verbreiten ließ, daß Oberk Beck binnen kurzem zurücktreten werde. Die polnische Standhaftigkeit ist schließlich auch noch durch die Ereignisse, die sich z. B. in südöstlichen Europa abspielen, und durch die Pläne, die sich dort mit einer Neuordnung der Verhältnisse an der Donau befassen, einer neuen Währungsprobe ausgesetzt worden. Frankreich und Italien sind dabei, ihre alten Gegenseite in der Donaufrage aus dem Wege zu räumen und eine gemeinsame Lösung dieses — ohne Deutschland unlösbarer — Problems zu finden. Paris und Rom wollen gemeinsam die „Garantie der ökonomischen Unabhängigkeit“ übernehmen. Die Schweiz, Rumänien und Südfrankreich man für eine Lösung gemindert, die irgendwie die Pariser Donauoperationspläne und die italienischen Vormachtsansprüche vereinigt, auf jeden Fall aber dazu dienen soll, Deutschland jede Möglichkeit einer Expansion nach dem Südosten zu sperren. Diese — wie immer — sensationell aufgemachten Projekte, die die Einheitsfront gegen Deutschland endlich in feste Form gießen sollen, konnten natürlich auch der polnischen Aufmerksamkeit nicht entgehen. In Paris glaubt man ansehender, daß Polen sich — wenn auch nicht aus Verleugung zu Frankreich, so doch aus Angst vor der französischen Übermacht — in diese Front der Feinde Deutschlands einreihen werde, daß es wieder in die Front zurückzukehren werde, die es verlassen hat, um eine Politik zu treiben, die weniger den Wünschen des Quai d'Orsay, als seinen eigenen Notwendigkeiten entspricht.

# Deutschland, Polen und Genf.

Deutschland lehnt ab.

Deutschland hat den Beitritt zum Opatok abgelehnt. Am 10. September ist in der Frage kommissarischer Regierungen die deutsche Stellungnahme von den französisch-türkischen Parteilichkeiten mitgeteilt worden. Die Gründe, die für die Ablehnung Deutschlands maßgebend sind, sind im wesentlichen folgende: Das Paktsystem lehnt die Zugehörigkeit der Teilnehmerstaaten zum Völkerbund voraus und will diese Staaten auch in gewissen grundlegenden Fragen der europäischen Politik zu einer bestimmten Haltung im Völkerbunde verpflichten. Deutschland aber ist aus dem Völkerbunde ausgetreten, weil es nicht in der Lage ist, an den Arbeiten dieser Institution teilzunehmen, solange ihm nicht die volle Gleichberechtigung auf militärischer Ebene zurkannt worden ist. Es ist unmöglich, daß ein Staat einem Vertragssystem beitreten kann, in dem ihm dieselben Pflichten wie den anderen Partnern auferlegt werden, ihm aber die erste Möglichkeit zu deren Erfüllung, nämlich die militärische Gleichberechtigung mit den anderen Parteien, verweigert bleibt. Der Opatok lehnt also wesentliche Bestimmungen ab, daß die Teilnehmer verpflichtet sind, in Konfliktsfällen dem angegriffenen Staate militärische Hilfe zu leisten, wobei der „Angriff“ nach der im Völkerbundespatk vorgesehenen Methode festgestellt werden soll. Deutschland aber hat in dieser Beziehung zu eindeutige Erfahrungen gemacht, um sich von neuem dem Urteil der Geschichte zu überlassen. Die deutsche Politik hat sich in der Zwischenzeit dem Völkerbunde durch die Bartholusche Deklaration als Mittel zur Verbüßung demagogischer Konflikte, sondern ist eher zur Generalisierung von Kriegen geeignet. Deutschland aber kann als ein Staat, der abgerüstet inmitten hochgerüsteter Mächte liegt, keine Verpflichtung auf sich nehmen, die es in alle im Osten möglichen Konflikte hineinzieht und um wahrenschönlichen Kriegsschauplatz machen würde. Das Paktsystem lehnt eine Garantie der französischen Ostgrenzen durch die Sowjetunion und eine Garantie der osteuropäischen Grenzen durch Frankreich ab. Deutschland aber vermag ein reales Bedürfnis für solche Garantien nicht anzuerkennen. Es hält die öffentliche Vertragsgabe für eine bessere Methode der Friedenssicherung als velleitige Pakte; und es glaubt, daß das Schwergewicht der Verträge nicht — wie beim Opatok Bartholus — auf die automatische militärische Unterlingspflicht im Kriegsfall, sondern — wie beim deutsch-polnischen Pakt — auf die Nichtangriffspflicht und auf die Verpflichtung der an einem Konflikt beteiligten Mächte zur Konsultation gelegt werden muß. Daß die von Deutschland und Polen angewandte Methode wirksamer und ehrlicher als die französische ist, das wird durch die Tatsache bewiesen, daß bei manchen Pakte, die ihren Ursprung in der Konkurrenz zwischen den Mächten in einem mehr als zehnjährigen Zeitraum nicht imlande gewesen sind, im Westen ein ähnliches Gefühl der Sicherheit und Entspannung zu erzeugen, wie es das deutsch-polnische Abkommen vom 26. Januar d. J. innerhalb eines halben Jahres im Osten hervorgerufen hat.

Der Völkerbund und die Sowjets.

Man kann nicht behaupten, daß der Völkerbund in seiner praktischen Arbeit auch nur in geringem Ausmaße den Ideen treugeblieben sei, mit denen die Weltmächte seinerzeit die Schaffung dieser Institution unter Benutzung der völkerbegründenden Phrasologie des Präsidenten Wilson zu begründen versuchten. Bis her haben die besonders interessierten Mitglieder des Bundes immerhin aber noch darauf geachtet, daß wenigstens einigermaßen der Schein einer idealen Ablichtung gewahrt blieb. Jetzt wollen sie auch noch auf die letzte Schamhafte Verhüllung des wahren Charakters ihres fälschlich „Völkerbund“ getauften Machtinstrumentes verzichten, indem sie sich anerkennen, die Sowjetunion als neues Mitglied in ihren Reihen willkommen zu heißen. Seit 1920 ist es ein Ziel der Außenpolitik der Sowjets, eine absolut Verneinung aller im Völkerbunde angeblich verkörperten Ideale des Abendlandes darzustellen, wird in Genf als vorzuziehender Streit befürwortet. Wie ist das nun eigentlich: haben die Moskauer Machthaber ihre gegen Genf gerichteten Schmähungen und Behauptungen vergesen? Oder hat der Völkerbund seine „geistigen“ Grundzüge verlernt? Weder das eine, noch das andere dürfte der Fall sein. Im Grunde waren Moskau und Genf niemals so wesenstrenge Gegensätze, wie man sich vorstellen mag. Die beiden Mächte, einander gegenüber einander zu stehen, sind nicht Gegenstände konkurrierender Interessen, wie zwei Konkurrenten sich miteinander verbinden, wenn die Konkurrenz nichts mehr einbringt oder gefährlich wird, weil ein Dritter von ihr profitieren könnte. So finden sich jetzt der bolschewistische und der kapitalistische Sektor der jüdischen Internationale zusammen, weil die antisemitische Welle, die ihren Ursprung in Deutschland hat, ihnen eine gemeinsame Gefahr zu sein dünkt. Nur so läßt sich das Schauspiel, das gegenwärtig in Genf abrollt, wirklich verstehen. Die Staaten, die wie die Schweiz, Belgien und Argentinien gegen die Aufnahme der Sowjetunion in den Völkerbund Einspruch erhoben, tun das in dem Glauben, daß die Neutralität der Schweiz über dem Weltbunde stehen kann. Diese Idee aber oder er nicht zu retten, denn für sie niemals lebendig gewesen. Der Völkerbund ist niemals etwas anderes als ein Instrument zur Erhaltung der französischen Vormacht gewesen. Und es bedeutet nur, daß er diesem Charakter auch weiterhin treu bleibt, wenn jetzt Litauen eingeladen wird, sich mit in das selbe Glashaus zu setzen, über das er früher so häufig geschimpft hat.

Verständlich hatte man im Auslande damit gerechnet, daß Polen sich angeschlossen gegen die Aufnahme der Sowjetunion in den Völkerbund aussprechen werde. Sicherlich ist der Eintrag der Sowjets in Genf für die Bartholusche Politik in jeder Hinsicht ein recht unerwünschtes Ereignis. Wenn Polen dennoch keinen Einspruch erhebt, so mag hierfür folgende Überlegung maßgebend sein: Ein polnischer Protest hätte bei den Staaten, deren Stellungnahme bisher noch zweifelhaft sein konnte, keine Nachwirkung gefunden. Sein Einspruch oder seine Stimmenthaltung würde nicht ausgereicht haben, um die Aufnahme der Sowjetunion in den Völkerbund zu verhindern. Unter diesen Umständen zieht Polen es vor, auf eine von vornherein ihm erfolglos erscheinende Demonstration zu verzichten. Es macht gute Miene zum bösen Spiel und verläßt, aus dem „guten Eindruck“, den seine Zustimmung hervorruft, politische Vorteile zu ziehen. Bedenken, die polnischerseits gegen die Aufnahme der Sowjetunion bestanden haben, sollen in Verhandlungen des Völkerbundes mit Litauen in der Folge zerstreut worden sein, daß Moskau seine Mitgliedschaft im Bunde nicht dazu benutzen werde, Polen durch eine Einmischung in die Behandlung seiner fremden Volksgruppen Schwierigkeiten zu machen. Im übrigen hat man in Warschau als Gegenleistung für die Zustimmung zur Aufnahme der Sowjetunion wohl an die Einräumung eines künftigen Sieges im Völkerbunde gedacht, der Polen vielleicht die Möglichkeit geben könnte, für die unangenehme Einschaltung Moskaus in die europäischen Angelegenheiten einen Machtspruch zu finden.

Der polnische Antrag in Genf.

Am 4. September trat in Bern der 10. Europäische Minderheitenkongress zusammen. Der Kongress, der seit 1925 regelmäßig kurz vor der Herbsttagung des Völkerbundes zusammenzutreten pflegt, wurde, wie üblich, von dem ehemaligen litauischen Abgeordneten des italienischen Parlaments, Wilfan, geleitet. Die Juden, die sich im letzten Jahre wegen der Ablehnung ihrer gegen Deutschland gerichteten Wachenforderungen vom Kongress zurückgezogen hatten, nahmen auch diesmal an der Tagung nicht teil. Nicht vertreten waren u. a. auch die Polen und die Deutschen in Deutschland. Dagegen war, auf daß der Veranstaltung auch die kommissarische Figur nicht fehle, ein „Citizenführer“ aus Ostpreußen, der ehemalige Schullehrer Sterck, der sich Bydgosz nennt, in Bern erschienen. Der Vertreter der Ukrainer aus Polen, der bekannte Abgeordnete Frau Rudmila Ruknicka, hatten die polnischen Behörden die Austretei verweigert. Der Kongress befaßte sich besonders eingehend mit dem Antrag auf Verallgemeinerung des Minderheitenrechtes, den Polen in Genf eingereicht hat. Der Kongress, heißt es darin, „bestätigt mit Nachdruck die bereits auf dem ersten Kongress 1925 ausgesprochene Forderung auf Verwirklichung der nationalen Freiheit für jede Volksgruppe in jedem Staat“. Angesichts der von Gog u. Gog machenden Gegenstände erhebt der Kongress seine warnende Stimme. Heute wie vor zehn Jahren müßte betont werden, daß der nationale Ausgleich die Voraussetzung für den Frieden unter den Völkern lei. Gerade weil die Volksgruppen bei einem kommenden Krieg die am schwersten Betroffenen sein würden, bieten sich ihre Angelegenheiten für berechtigt, zu erklären, daß sie nach wie vor alles, was in ihren Kräften liege, für die Erfüllung der gerechten Forderungen der Volksgruppen tun werden, um den Ausbruch eines neuen Krieges in Europa zu verhindern. Der polnische Antrag wurde also grundsätzlich begrüßt, doch müßten verschiedene Volksgruppenvertreter darauf hin, daß der Antrag zu einem anderen Zweck in Anspruch genommen werden könnte, was sie nicht ermutigt, die Ablehnung seines Inhaltes zu befürworten. So hieß es z. B. wurde vermutet, daß Polen die Ablehnung seines Antrages selbst ermutigt und die Ablehnung dann benutzen wolle, um sich gegen seine eigenen Minderheitenverpflichtungen zu entziehen. Da dem polnischen Beispiel dann noch auch die anderen durch Minderheitenverträge gebundenen Staaten folgen würden, stehe die Frage des Völkerbundes heute in einer entscheidenden Phase. Es behalte die Gefahr, daß die Folge des Antrages nicht die Verallgemeinerung des Schutzes, sondern die Velleitigung des geringen, heute vorhandenen Schutzes sein werde. Es dürfe aber auf keinen Fall geduldet werden, daß die bestehenden Rechte aufgehoben werden, weil sich ihre Verallgemeinerung als unmöglich erweise. Weiter wurde herangezogen, daß eine Ausdehnung des Schutzes auf außereuropäische Staaten geeignet sei, den Schutz der Volksgruppen überhaupt ad absurdum zu führen, da die Verhältnisse in den überseeischen Staaten und in den Kolonien der europäischen Mächte so völlig verschieden von den europäischen Rationalistenverhältnissen gelagert sind, daß sich eine Anwendung europäischer Grundzüge folgerichtig nicht durchführen ließe.

**Bis zum 20. d. M. müßten Neubestellungen auf unter Distanz für Oktober-Dezember**

**aufgegeben werden. — Bei später erfolgten Bestellungen ist eine Sondergebühr von 20 Pf. zu zahlen. Der Bezugspreis für drei Monate beträgt 1,50 M. (ohne Zustellungsgebühr)**

## Noch einmal: Völkischer Selbstmord.

Kürzlich ging durch die deutschen Zeitungen die Nachricht, daß das Deutschstum in Mähren und Schlesien auskriebe. Auf 1000 Deutsche entfällt dort ein jährlicher Zuwachs von nur 1,7. Nicht nur in Mähren, sondern auch in anderen osteuropäischen Staaten ist der natürliche Bevölkerungszuwachs der deutschen Volksgruppen vielfach sehr niedrig. (Siehe auch „Ostland“ Nr. 33, „Völkischer Selbstmord“.) Am traurigsten sieht es in dieser Hinsicht bei den Deutschen in Estland aus. Da leben, auf das Tausend gerundet, 8,5 Geburten 22,7 Todesfälle gegenüber, so daß der natürliche Bevölkerungszuwachs 14,2 beträgt. Das war im Jahre 1933. Im vorletzten Jahre (1932) war die Zahl noch größer. Da kamen auf 8,5 Geburten 26 Sterbefälle! Der Geburtenüberschuß (so kann man es eigentlich gar nicht nennen) betrug also -17,5. Die Ursache dieses trübten Bildes ist die völlig anormale Bevölkerungsstruktur der deutschen Volksgruppe, insbesondere des südtälischen Teiles. Durch den Krieg und die Revolutionen haben sich die jüngeren und mittleren Altersklassen stark vermindert. Viele junge Menschen wanderten nach dem Kriege ab, so daß eine völlige Überalterung des zurückbleibenden Teiles mit starkem Überwiegen der Frauen die Folge war. Die Gesamtzahl der lutherischen Deutschen in Estland (andere gibt es fast gar nicht) betrug rund 25 000. Mehr als die Hälfte ist jetzt in die Zahl der Deutschen in Lettland. 1925 wurden 71 000 Deutsche gezählt, während die letzte Volkszählung im Februar 1930 68 855 ergab. Bemerkenswert ist, daß der weitaus überwiegende Teil des lutherischen Deutschstums in den Städten wohnt und daß das Deutschstum in Lettland in Lettland auch die dem nationalpolitischen Standpunkt da denklich hohe Zahl der Mischbeiden. 40 v. H. der deutschen Männer und 30 v. H. der deutschen Frauen heiraten Andersstämmige. Sehr häufig wohnt der Deutsche das eleganteste lutherische Mädchen, während der in geliebter Existenz und Lebensstellung befindliche Vette eine solide deutsche Frau sucht.

In Litauen (ohne Memelgebiet) lebten 35 000 bis 40 000 Deutsche, von denen 58,2 v. H. auf dem Lande, 34,6 v. H. in den größeren Städten, aber nur 7,2 v. H. in Städten unter 2000 Einwohnern wohnen. Das Deutschstum ist im Gegensatz zu den baltischen Völkern ein übermäßig in der ländlichen Bevölkerung verstreutes. Die natürlichen Mängel an bürgerlicher Untertanen. Der natürliche Bevölkerungszuwachs ist hier bedeutend günstiger als in Lettland und Estland. Er beträgt 5,8 auf das Tausend, so daß der Bestand der deutschen Volksgruppe in Litauen biologisch durchaus gesichert erscheint.

Die stärkste deutsche Volksgruppe lebt mit rund 3 1/2 Millionen Deutschen im Gebiet der tschechoumokratischen Republik. Hier besteht in den einzelnen deutschen Gruppen, also bei den Deutschen in Böhmen, Mähren, Schlesien, in der Slowakei und Karpatenrußland, im Bevölkerungsanstieg ein großer Unterschied. Durch unzureichende Geburtenzahl bedroht ist, wie schon eingangs erwähnt, das Deutschstum in den mährischen Sprachinseln, während sich die in Karpatenrußland befindlichen deutschen Siedlungen erfreulich vermehren.

Stark bedroht ist auch das deutsche Volkstum in Deutsch-Osterreich. Die natürliche Bevölkerungsbewegung ist hier fast langem unangünstiger als im Deutschen Reich. 1932 standen in Osterreich 15,2 Geburten 13,9 Todesfälle gegenüber, so daß die natürliche Zunahme der Bevölkerung nur 1,3 auf das Tausend ausmacht; 1931 betrug diese Zahl 1,9 und 1930 2,3.

Mit einer halben Million Seelen ist das Deutschstum in Ungarn vertreten. Hier scheint die Gefahr der Vernichtung des Deutschstums durch Geburtenrückgang und Aussterben zur Zeit nicht zu bestehen. 1930 kamen auf 1000 Deutsche 24 Geburten

und 15,5 Sterbefälle, so daß mit 8,5 der Geburtenüberschuß verhältnismäßig hoch ist.

Die Zahl der Deutschen in Südbaltien wird auf mindestens 700 000 geschätzt. Hier finden sich in den einzelnen landwirtschaftlichen Gebieten starke Schwankungen in der Geburtenzahl und damit auch der biologischen Lebenskraft. Eine einheitliche statistische Erfassung besteht nicht. Während z. B. im Posnischen die deutschen Volksgruppen eine sehr starke Geburtenzahl aufweisen, ist die Weltanderhaltung in anderen Gebieten ernstlich gefährdet. Am härtesten ist dies in der sogenannten Baltska der Zahl, wo rund 17 000 Deutsche leben. Der fortschreitendste und weitestläufige ländliche Teil der deutschen Geburtenrückgang. In der schönsten und reichsten Gemeinde Vorkla, in der jüngst die 150-Jahr-Feier der evangelischen Pfarreiung des Landes begangen wurde, liegt z. B. in wahren Palästen, die man kaum noch als „Bauernhäuser“ bezeichnen kann, Reichtum und Luxus aufgeblüht und alles schreit, wie in einem dortigen Blatte zu lesen ist, nach Wohlstand und Leben, und doch fehlt ihnen der Ertrag und die Garantie des Lebens: das Geld.

Nicht viel besser steht es in dieser Hinsicht in Rumänien bei den Siebenbürgern Sachsen und den Banater Schwaben, bei denen das Zweikindergebot schon seit Generationen vorherrschend ist.

Auch nach dem Deutschstum in Polen. Auch hier ist die Lebenskraft der deutschen Volksgruppen in den einzelnen Gebieten verschieden. Während der den evangelischen Deutschen in Polen und Dommern im Jahre 1932 auf das Tausend 17 Geburten und 16,6 Todesfälle kamen, der Geburtenüberschuß also nur 0,4 betrug, hatten die evangelischen Deutschen in Oberbeselien 20 Geburten und 13,3 Todesfälle, also ein Geburtenüberschuß von 6,7 auf das Tausend aufzuweisen. Die evangelischen Deutschen in Galizien hatten im Jahre 1931 eine durchschnittliche Geburtenzahl von 22,4 auf das Tausend, die Sterblichkeit betrug 14,3, so daß sich ein Geburtenüberschuß von 8,1 auf das Tausend ergibt. Von Kongregationen liegen in dieser Hinsicht keine Zahlen vor. Ein einzigartiges Beispiel für die Lebensenergie einer auslanddeutschen Volksgruppe bildet der deutsche Volkszweigler in Schwabland. Auf 1000 evangelische Deutsche kamen 1932 36 Geburten und 13,8 Todesfälle, so daß der natürliche Bevölkerungszuwachs 22,2 auf das Tausend beträgt. Mit diesen Zahlen übertrug das polnische Deutschstum selbst weit den natürlichen Durchschnittsbevölkerungszuwachs in Polen, der für 1933 12,3 betrug. Ähnlich stark ist die Zunahme der deutschen Bevölkerung im Holmer Land.

Zusammenfassend kann man sagen, daß sich im osteuropäischen Raum neben gefunden lebenskräftigen deutschen Siedlungen, leider auch todkrankes, scheinbar dem Untergang gemeintes Volkstum befindet. Ein Überwiegen der Sterbefälle über die Zahl der Geburten beobachten wir vor allem bei den baltischen Deutschstum, aber auch in anderen Gebieten reicht die Zahl der Geburten heute nicht mehr aus, die Weltanderhaltung zu gewährleisten. In manchen Gebieten konnte der Rückgang der Geburtenzahl durch eine entsprechende Herabsetzung der Sterblichkeit nach zum Ausgleich gebracht werden. Dies hat aber schwerwiegende Änderungen im Altersaufbau zur Folge und ist auch nur in gewissen eingegrenzten Grenzen möglich. Aber die Lebenskraft entscheidet nicht die niedrige Sterblichkeit, sondern die Zahl der Geburten. Das neue Erwerben, das durch das deutsche Volk geht, hat in weiteren Kreisen ein Verständnis für die Ursache geweckt, daß in der Bevölkerungsbewegung der Schwächsten der Zukunft das deutsche Volk in Ostbaltien liegt. Nur durch eine entschlossene Geburtenzunahme und Verjüngung auf diese eigentliche Grundlage des Lebens wird hier Hilfe kommen können.

## Die Unterdrückung des Memellandes.

Eine in Straßburg (Elsaß) erscheinende Zeitung „Le Messager d'Alsace“, hat den litauischen Memelpolitiker einige Worte ins Stammbuch geschrieben, die diesen wegen ihres französischen Vorklammers besonders unangenehm sein dürften. Es heißt dort u. a. wörtlich: „Wir wollen und können es nicht verhehlen, daß die illegalen Eingriffe der Ruener Regierung, deren Funktionäre auf einem durchweg relativ niedrigen Bildungsniveau stehen, in einem viel höheren Maße die Unterdrückung des deutschen Volks in Ostbaltien als ein Ergebnis der unzulässigen Verhältnisse in Ostbaltien das Memelproblem, das von Litauen erst geschaffen wurde, eine schwer zu lösende Frage bedeuten wird. Die Tatsache, daß Litauens Staatspräsident Smetona, der, umgeben von Ministern, seiner Regierung, Memel nur einiger Zeit befehligt hat, hier das „Fest des Meeres“ feierte und den Grundstein zu einer eigenen Flotte legte, läßt zweifellos erkennen, daß man in Ruener beabsichtigt hat, Memel ohne weiteres Jägern zu annektieren und das von vier Großmächten

garantierte Memelgebiet als einen wertlosen Felsen Papier zu betrachten. Dies wird auch zweifellos durchgesetzt werden, wenn Litauen als nordosteuropäischer Staat ein dauerhaftes politisches Gefüge bedeutet. Gerade das aber wird von so manchem Politiker ernstlich bezweifelt.“ Das französische Blatt hat also ganz richtig erkannt, daß die litauischen Politiker, indem sie das Memelland unterdrücken, die Existenz des litauischen Staates gefährden, daß die Memelpolitik der Ruener Regierung ein frivoles Spiel mit dem Schicksal des litauischen Volkes darstellt.

Der litauische Kriegskommandant in Memel hat eine Anordnung erlassen, die nicht nur einen großen Verstoß gegen das Memelgesetz, sondern auch eine barbarische Verletzung internationaler Verpflichtungen darstellt. Er hat allen Besitzern von Landkempfangern das Abhören von Vorträgen und Vorträgen verboten, „die einen Teil der Bevölkerung gegen den anderen aufhetzen“. Diejenigen, die gegen diesen Verbot verstoßen, werden mit Geldstrafen bis zu 5000 Lit und mit Gefängnisstrafen bis zu

3 Monaten bedroht. Außerdem soll dem Zwiderbändelnden das Wohnrecht im Memelgebiet entzogen werden. Die Absicht dieses von Wut und Angst diktierten Beschlusses ist die Memelbevölkerung an Empfangen deutscher Rundfunksendungen zu hindern. Erfahrungsgemäß leben die von chronischen Minderwertigkeitsgefühlen geplagten Nachbarn Litauens in jedem Wort, das eine Anerkennung Deutschlands enthält, eine „Aufhetzung gegen den litauischen Staat“. Vermutlich bilden sich die derzeitigen Gemaltherren des Memelgebietes ein, daß das Kultur- und Wissensbedürfnis der Memelbevölkerung sich durch die Sendungen das Ruemer Rundfunks befriedigen läßt. Die neue Anordnung des Kriegskommandanten ist eine Aufforderung an alle minderwertigen Elemente, durch eine systematische Befehlshaltung der Defizier von Rundfunkempfangern sich andere Verdienste um die „Sicherheit des litauischen Staates“ zu erwerben.

Das Direktorium Reizgus hat weiter eine Polizeiverordnung erteilt, die eine neue Unterdrückung der deutschen Sprache und gleichzeitig eine Schädigung der memelländischen Geschäftswelt darstellt. Nach dieser Polizeiverordnung müssen alle öffentlich ausgestellten Aushängeschilder, Firmenchilder und Bekannmachungen sowie in der Stadt Memel als auch in den Kreisen an anderer Stelle einen „einmündigen Text in der litauischen Staatsprache“ tragen. Die dem Text hinzuzufügen ist die Übersetzung in die deutsche Sprache in einem bestimmten Raumes ohne entsprechende Zusätze einzuräumen. Die Verordnung muß bis zum 1. Oktober d. J. durchgeführt sein. Das bedeutet, daß bis zu diesem Zeitpunkt sämtliche deutsch-memelländischen Geschäftsleute und sonstigen Unternehmungen ihre Schilder erneuern sollen, und daß es rein deutschsprachige Schilder und Bekannmachungen in Zukunft nicht mehr geben soll. Zwiderbandlungen werden mit hohen Geld- und Haftstrafen bedroht. Durch die Verordnung ist erneut die Bestimmung des Memelstaats, wonach die deutsche und die litauische Sprache gleichberechtigt sind, sich also jeder Memelländer nach seinem eigenen Ermessen in der ihm im jugendlichen Sprache bedienen kann, grübeln verlost worden.

Das Direktorium Reizgus hat dem Landtag das Hausrecht entzogen. Es hat nämlich für den Jahrbereich des Landtages nur an die ihm nahebestehende litauische Presse bzw. an sonstige Personen, die der kleinen litauischen Minderheit im Memelland angehören, Eintrittskarten ausgegeben, dagegen hat die ohne Rücksicht auf die Parteugehörigkeit verteilten Karten des Präsidiums des Landtages für ungenügend erklärt und die Polizei angewiesen, nur Personen, die im Besitze von Eintrittskarten des Direktoriums sind, in die Subdivisionsräume einzulassen. Damit werden die Vertreter der deutsch-memelländischen Presse sowie An-

gehörige der deutschen Landtagsmehrheit von der Sitzung ausgeschlossen. Der Präsident des Landtages hat gegen diesen einig dastehenden Eingriff in die Rechte eines Parlaments beim Gouverneur und Direktorium Einspruch erhoben.

Am 6. September ist der Memellandtag zu einer Sitzung zusammengetreten, um eine Regierungserklärung des illegalen Direktoriums Reizgus entgegenzunehmen. Von den 29 Abgeordneten waren nur 18 erschienen. Die fünf litauischen Abgeordneten waren der Sitzung ferngeblieben. Weitere sechs Abgeordnete waren am Erscheinen verhindert; sie waren zur Polizei geladen worden, mo ihnen mitgeteilt wurde, daß sie nicht berechtigt seien, ihre Mandate auszuüben. Der Landtag war unter diesen Umständen, genau so wie am 27. Juli bei der Sitzung ungenügend. Am einst von 15 Abgeordneten unterzeichneten Erklärung wurde gegen die willkürlichen und böswilligen Maßnahmen der Litauer gegen den Landtag Einspruch erhoben. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß dem Direktorium Reizgus vom Landtag niemals das Vertrauen ausgesprochen werden würde. Dieser Erklärung schlossen sich auch die restlichen drei anwesenden Abgeordneten an. Das Zustandbekommen eines ordnungsgemäßen Ministrounterschieds aber war wegen der Unfähigkeit der Litauer nicht möglich. Die Abgabe der Regierungserklärung wurde von den Juratoren, ausschließlich Litauern, mit Beharrlichkeit verweigert. Auf die Litauer wurde kein Antrag zur Verhandlung für die litauischen „Prominenten“ im Memelgebiet ist es, daß sich unter den Radikalschichten der vom litauischen Gouverneur zum Oberbürgermeister von Memel ernannte Simonaitis besonders heroeuert. Dieser „Litauerführer“ ist auch sonst für die „gute Gesellschaft“, mit der Kauen das deutsche Memelgebiet verlor hat, charakteristisch: Nachdem das deutsche Stadtoberhaupt Dr. Brömlinger abgesetzt worden war, um u. a. angeblich den Weg für die notwendigen Sparmaßnahmen freizumachen, begann Simonaitis seine Amtstätigkeit damit, daß er sich selbst ein wesentlich höheres Gehalt bewilligte, als es sein deutscher Amtsvorgänger jemals bezogen hatte.

Bei seinen Litauifizierungsbestrebungen hat das Direktorium Reizgus auch vor dem Memeler Lehrseminar nicht Halt gemacht. Diese wichtige Unterrichtsanstalt des Memelgebietes ist ein Angelegenheit litauischer Politik von Anfang an gewesen, und sie ist stets in litauischem Sinne umgestaltet worden, wenn einmal ein litauisches Direktorium aus Kauer kam. Wie schon einmal im Jahre 1927, ist es jetzt wieder inmitten des Schuljahres die litauische Unterrichtssprache am Lehrseminar außer in Deutsch und Mathematik eingeführt worden. Ferner hat man drei deutsch eingestellte Lehrkräfte entfernt und hat allerlei andere Maßnahmen ergriffen, um den deutschen Schülern die Ausbildung im Lehrseminar zu erschweren bzw. unmöglich zu machen.

## Staatspräsident Smetona 60 Jahre alt.

Staatspräsident Antanas Smetona wurde am 10. August 1874 in Utena im Kreis Šilalė als Sohn eines Landwirte geboren. Nach dem Besuch der Volksschule und primären Unterricht besuchte er die Mittelschule in Polangen und das Gymnasium in Mittau. Dort nahm er an der litauischen Volksbewegung teil und wurde 1896 aus dem Gymnasium ausgeschlossen, weil er sich gemweigert hatte, die Gebete in russischer Sprache zu sprechen. Es gelang ihm schließlich, in das 9. Gymnasium in Petersburg aufgenommen zu werden. Dann studierte er von 1897 bis 1902 an der juristischen Fakultät der Petersburger Universität. Auch hier geriet er wegen seiner Volksarbeit in Konflikt mit den Behörden, wurde von der Universität verwiesen und für einige Zeit als politischer Verbrecher ins Gefängnis gesetzt. Ständig von den russischen Behörden beobachtet und verfolgt, gelang es ihm schließlich, seine Studien zu beenden. 1903 wurde Smetona Beamter der Landbank in Wilna, 1904 verheiratete er sich mit der Tochter des Gutbesitzers Chokobakaus. Auch in Wilna nahm er die Tätigkeit für das litauische Volkstum, besonders auf journalistischem Gebiet, wieder auf. 1906 redigierte er die von ihm gegründete Zeitung „Ukininkas“, 1907 war er Mitarbeiter der Zeitung „Litauicus Gintios“ (Wilauner Nachrichten), von 1907 bis 1913 Schriftleiter der Zeitung „Baltis“ (Die Hoffnung) und von 1913 bis 1914 der Zeitschrift „Astra“. Während der Revolution im Jahre 1905 hand er in der nordwestlichen Reihe der Kämpfer für die litauische Freiheit und Unabhängigkeit und bekledete im ersten litauischen Sejm in Wilna das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden. Die auf die Revolution folgende russische Reaktion lähmte zwar zeitweilig wieder die Arbeit der litauischen Patrioten, konnte es aber nicht verhindern, daß Smetona neben seiner journalistischen Tätigkeit gerade in den Jahren von 1905 bis 1914 an der Spitze von Vereinen, Kommissionen usw. sich ganz besonders der kulturellen Volksarbeit widmete.

Beginn des Krieges lebte Smetona in Wilna, mo er auch deshalb, als die Deutschen dort einzogen, während der Besatzungszeit trat Smetona immer mehr in der Öffentlichkeit hervor, insbesondere durch seine Tätigkeit als Vorsitzender eines litauischen Hilfskomitees, das seinen philantropischen Wirkungskreis bald auch auf das politische Gebiet ausdehnte und maßgeblich an der Einberufung einer großen Konferenz der Litauer in Wilna beteiligt war, auf welcher der litauische Nationalrat gebildet wurde. Smetonas staatsmännliche Laufbahn begann, als er 1917 einmündig

zum Präsidenten des Nationalrates gewählt wurde. Am 16. Februar 1918 erklärte er sich als erster Vertreter des Nationalrates mit deutscher Hilfe für ein unabhängiges litauisches Staat. Nach dem Abzug der deutschen Besatzung war Smetona zeitweise im Auslande für die Sache Litauens tätig, bis er am 4. April 1919 vom litauischen Nationalrat zum Staatspräsidenten gewählt wurde. Nach Erlass der vorläufigen Verfassung durch die Verfassunggebende Versammlung trat Smetona am 3. Juni 1920 von dem Amt des Staatspräsidenten zurück, er überließ den in außerordentlich heftiger Agitation entstandenen Parteien, den Christlich-Demokraten und den Bolschewikisten, die künftige Führung der Staatsgeschäfte.

Die Smetona bis dahin weder eine ausgesprochene, nach einem festen Programm arbeitende Partei geriehet, noch einer solchen angehört. Das ist auch der Grund, weshalb die von ihm vertretene politische Richtung im Verfassunggebenden Sejm fast ohne personelle Vertretung blieb. Smetona vertritt jetzt auf politische Betätigung in größerem Maßstabe, betätigte sich vorwiegend als Publizist an öffentlichen Organen sowie seit 1923 auch als Dozent an der Universität Kauen und beobachtete im übrigen sorgfältig die Entwicklung. Vom 24. Februar 1923 bis gegen Ende April des gleichen Jahres war Smetona Oberster Bevollmächtigter in Memelgebiet. Im Mai 1928 wurde Smetona in der dritten Sejm gewählt, mo er mit zwei Gesinnungsgenossen eine eigene kleine Gruppe bildete. Die Sozialdemokraten und Bolschewikisten hatten die Führung der Staatsgeschäfte übernommen, und es sich nun gleichzeitig im Lande eine kommunistische Bewegung breitete, erhob Smetona zunächst in Zeitungen und Zeitschriften mordend seine Stimme, um schließlich wieder aktiv in die Geschicke des Landes einzugreifen. Am 17. Dezember 1928 wurde durch einen mit Hilfe der Armee durchgeführt Umsturz der bis dahin herrschenden parlamentarischen Regierungssystem ein Ende gemacht. Smetona wurde am 20. Dezember 1928 wieder zum Staatspräsidenten ernannt. Im Jahre 1931 erfolgte seine Wiederwahl zum Staatspräsidenten durch die nach der neuen Verfassung vorgelebten besonders Volksvertreter, die mit 117 Stimmen ihn einstimmig wieder beriefen. Jetzt trägt Staatspräsident Smetona nicht nur den Titel des Präsidenten der litauischen Republik, sondern auch den des „Hüterns des litauischen Volkes“.

## Das ausländische Aktienkapital in Polen.

Das polnische Statistische Jahrbuch für 1934 enthält Angaben über das in den polnischen Wirtschaftsgesellschaften vorhandene ausländische Aktienkapital. Die Angaben betreffen den Stand von Anfang 1933 wieder. Sie lassen die Bedeutung der polnischen Bestrebungen, sich von den Einflüssen des Auslandskapitals zu befreien, erkennen. Die „Gazeta Wazarsamka“ befaßte sich auf Grund der erwähnten statistischen Angaben mit der Kapitalüberfremdung der polnischen Wirtschaft: Es befanden in Polen 1266 Aktiengesellschaften mit einem Gesamtkapital von 4273 Millionen Zloty. Davon verfügten 463 Gesellschaften über ein gemischtes, d. h. teils polnisches, teils ausländisches Kapital in Höhe von zusammen 2943 Millionen Zloty. Die teils mit Auslandskapital arbeitenden Gesellschaften machten also ihrer Zahl nach rund 36 % aller Aktien-Gesellschaften in Polen aus, kapitalmäßig verfügten sie jedoch über 70 % des gesamten in den polnischen Aktiengesellschaften investierten Kapitals und spielen somit die entscheidende Rolle. Von dieser Summe machte das ausländische Kapital allein 1845 Millionen Zloty aus und umfaßte somit im Verhältnis zum Gesamtkapital 43,2 %. Betrachtet man jedoch die einzelnen Industriezweige getrennt von einander, so ergab sich ein noch viel traurigeres Bild.

„Wenn mir das Hüttenwesen nehmen“, schreibt die „Gazeta Wazarsamka“, „so bleibt mir, auch von 11 Aktiengesellschaften aus, 3 inländisches, dagegen 11- und 2 ausländisches Kapital haben. Von dem in den Hüttenbetrieben investierten Gesamtkapital in Höhe von 617 Millionen Zloty entfallen 554 Millionen Zloty, d. i. fast 90 %, auf Auslands- und nur 63 Millionen Zloty auf

inländisches Kapital. Das weite Gebiet des Wirtschaftslebens, das vollkommen unter dem Einfluß fremder Kapitalien steht, sind die Gas- und Elektrizitätswerke. Von 21 Unternehmungen dieser Art haben nur 4 einheimisches Kapital, und auf die Gesamtsumme von 195 Millionen Zloty Aktienkapital der Gas- und Elektrizitätswerke kommen 152 Millionen Zloty ausländisches Kapital, was einem Anteil von fast 78 % gleichkommt.“

„Ein wenig, aber auch nur ein wenig besser liegen die Verhältnisse für uns im Bergbau. Es arbeiten in ihm 53 Aktiengesellschaften, von denen 40 ausländisches Kapital haben. Von 698 Millionen Zloty Aktienkapital der Bergwerksunternehmungen entfallen auf Auslandskapital 430 Millionen Zloty, also 62 %. Die chemische Industrie, die sich erst vor kurzem bei uns zu entwickeln begann, hat 56 % ausländisches Kapitals, da von der Gesamtsumme von 267 Millionen Zloty 162 Millionen Zloty auf das Auslandskapital entfallen und ihm über die Hälfte aller Unternehmungen vollkommen gehört. In der Maschinen- und Elektroindustrie sowie in den Verkehrs- und Transportunternehmung um umfaßt das ausländische Kapital über 31 %. Am schwächsten ist das Auslandskapital in der Textilindustrie vertreten, in der sein Anteil 21,5 % ausmacht. In den übrigen Industriezweigen beträgt dieser Anteil 17 %.“

Statistisch Angaben herrscht also das ausländische Aktienkapital unumstritten vor im Hüttenwesen, den Gas- und Elektrizitätswerken, im Bergbau und in der chemischen Industrie. Angaben über die Herkunft des Auslandskapitals finden sich in der Veröffentlichung des Warschauer Statistischen Zentralamtes nicht.

## Roßlandsgebiet Beuthen — Gleiwitz — Hindenburg.

Die bevölkerungs- und wirtschaftspolitische Geltung des west-ober-schlesischen Industriegebietes ist wohl die interessanteste und schwierigste Aufgabe, die die diplomatische Unruhmacht von Versailles der Führung des Deutschen Reiches gestellt hat. Im Auftrage der Kommunalen Interessengemeinschaft für das ober-schlesische Industriegebiet ist kürzlich unter dem Titel „Aus Verwertung und Wirtschaft der ober-schlesischen Industriegebiete“ ein Werk erschienen, das größere statistische Arbeit verrichtet hat, die eine Fülle lehrreichen Materials über die Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur dieses industriellen Grenzbezirks enthält. (Ostseiden-Verlagsanstalt Breslau. Herausgeber Dr. S. Rompe. 204 Seiten.) Diesem Buch sind nachstehende Angaben entnommen.

Das west-ober-schlesische Industriegebiet wird von den Städten Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg, dem Landkreis Beuthen-Carnowitz und Teilen des Landkreises Gleiwitz gebildet. Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur des Gebietes werden vollkommen von der Schwerindustrie, vor allem der Eisenindustrie und dem Bergbau, bestimmt. Am deutlichsten tritt diese wirtschaftliche Einseitigkeit in Hindenburg, einer fast reinen Arbeiterstadt, in Erscheinung, während in Beuthen der Handel und in Gleiwitz Vermahlung und Verkehr neben der Industrie stärker herortreten. Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg sind die drei Großstädte des Deutschen Reiches (mit über 100 000 Einwohnern), die den höchsten Geburtenüberschuß aufweisen. Im Jahre 1933 betrug der Überschuß der Geburten über die Todesfälle in Beuthen 9,3 %, in Gleiwitz 7,8 % und in Hindenburg 9,8 %, während im gleichen Jahre der durchschnittliche Geburtenüberschuß der deutschen Großstädte nur 0,4 % und im Durchschnitt des Reiches nur 3,5 % betrug. Auf das Vermögen der Schwedinnen, die nur geringe Einkünfte erzielen, für Frauenarbeit bietet die bei verhältnismäßig geringe Frauenüberschuß zurückzuführen, den die drei Großstädte des Industriegebietes aufweisen. Die Stadt Hindenburg konnte im Jahre 1925 sogar einen Männerüberschuß aufweisen. Im Jahre 1933 kamen auf je 100 Männer in Beuthen 107,3, in Gleiwitz 106,1 und in Hindenburg 103,3 Frauen, im Durchschnitt der deutschen Großstädte dagegen 111,6. Auf den Kinderreichtum der drei Städte geht der hohe Anteil der jüngeren Altersklassen an der Gesamtbevölkerung zurück. Von je 100 Einwohnern sind im Durchschnitt der deutschen Großstädte 69,8 über 20 Jahre alt, in Beuthen 60,3, in Gleiwitz 60,5 und in Hindenburg nur 58,1. Auch in der Konfessionsgliederung ihrer Bevölkerung unterscheiden sich die drei ober-schlesischen Industrie-Großstädte von den meisten Großstädten des Reiches. Das katholische Bekenntnis herrscht mit 85 bis 90,1 v. H. einseitig vor. Besonders ist der verhältnismäßig starke Anteil der Jüdinnen an der Bevölkerung Beuthens, das man als das Handelszentrum des Industriegebietes ansprechen kann. Dieser Anteil betrug im Jahre 1925 39 v. H. und ging im vergangenen Jahre auf 2,8 v. H. zurück. Im Durchschnitt der deutschen Großstädte betrug der israelitische Anteil im Jahre 1925 2,3 v. H.

Am auffallendsten ist die Gliederung der Bevölkerung nach der Erwerbsfähigkeit. Der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung ist in den drei erwähnten Städten erheblich niedriger als im Durchschnitt der deutschen Großstädte und des Deutschen Reiches. Der Grund liegt 1. in den hohen Kinderreichtum des Industriegebietes, 2. in der geringen Erwerbsmöglichkeit für Frauen in der Schwerindustrie und 3. auch in

der verhältnismäßig hohen Zahl der Unfall- und Altersrentner. Von je 100 Männern sind (nach der Veranschlagung von 1925, auf die hier noch zurückgegriffen werden muß) erwerbstätig in Beuthen 63,2, in Gleiwitz 64,8 und in Hindenburg 63,6 — gegen 71,8 im Durchschnitt der deutschen Großstädte und 68 im Durchschnitt des Reiches. Von 100 Frauen sind erwerbstätig in Beuthen 22,3, in Gleiwitz 20,8 und in Hindenburg 13,8 — gegen 31 im Großstadt- und 35,6 im Reichsdurchschnitt. Der Grund für die Situation der ober-schlesischen Industriegebiete ist auch der geringe Anteil der Selbständigen an den Erwerbstätigen. Während im Reichsdurchschnitt auf je 100 Erwerbstätige 17,3 und im Großstadtdurchschnitt 14,3 Selbständige entfallen, ist diese soziale Kategorie in Beuthen nur mit 12,2, in Gleiwitz mit 10,0 und in Hindenburg gar nur mit 7,3 v. H. vertreten. Umgekehrt ist der Anteil der unfreiwilligen Arbeiter (ohne die Angestellten und Beamten) an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen in den ober-schlesischen Industriezentren erheblich höher als im Reichs- und Großstadtdurchschnitt. Er beträgt in Beuthen 80,4, in Gleiwitz 81,2 und in Hindenburg sogar 87 v. H., während er im Reich und in den Großstädten durchschnittlich nur 43,3 bzw. 47,3 v. H. beträgt.

Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg — namentlich das letztere — sind typische Arbeiterstädte. Im Durchschnitt ist ihre Bevölkerung trotz der vorhandenen reichen Bodenschätze recht arm. Der Einkommen bleibt weit hinter dem deutschen Großstadtdurchschnitt und selbst hinter dem Durchschnitt des Reiches (einschließlich der ländlichen Gebiete) zurück. Zu bemerken ist auch, daß das auf einem Erwerbsleben lebende Personen entfallende Einkommen sich in den ober-schlesischen Industriezentren infolge der größeren Hindernisse und des geringen Anteils der Erwerbslosen in dem Maße, wie man es erwarten kann, im Durchschnitt auf eine größere Personenzahl als in den übrigen deutschen Großstädten verteilt. Am klarsten gehen die ungünstigen Einkommensverhältnisse der ober-schlesischen Industriezentren aus einer Gegenüberstellung der Steuerkraftziffern hervor. Das Steuerlof je Einwohner (d. h. Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Vermögenssteuer zusammen) beträgt für 1928 in Beuthen 55,50 RM., in Gleiwitz 110,10 RM. und in Hindenburg 30,40 RM. Dagegen beträgt es im Durchschnitt der deutschen Großstädte 120,70 RM. Die Steuerkraftloser Hindenburgs macht also nur etwa ein Viertel, dasjenige Beuthens eine knappe Hälfte der entsprechenden Ziffer der deutschen Großstädte aus. Von der hohen Gleiwitzer Steuerkraftloser entfällt etwa die Hälfte auf die Körperschaftsteuer, was darauf zurückzuführen ist, daß viele ober-schlesische Industrieerhaltungen ihren Sitz in Gleiwitz haben und dort auch zur Körperschaftsteuer veranlagt werden.

Eines der schwierigsten Probleme der ober-schlesischen Industriezentren ist das Wohnraumproblem. Die rasche wirtschaftliche Entwicklung des Gebietes unter der Herrschaft eines nur mäßigem sich mit sozialen Fragen befassenden kapitalistischen Systems, die Armut und der Kinderreichtum der Bevölkerung und die sich daraus ergebende Armut der Kommunen schließlich die mannschen Beschränkungen, denen die gesunde bauliche Entwicklung der Städte durch die bergbauartigen Erfordernisse ausgesetzt ist, haben die Wohnraumfrage in den ober-schlesischen Arbeiterstädten schon in der Vorkriegszeit zu einem ebenso bringend wie schwer zu lösenden sozialen Problem werden lassen. Dieses

Problem wurde nach dem Kriege durch die lange stöckende Bautätigkeit und durch den hohen Flüchtlingszuwachs aus dem losgetrennten oberschlesischen Nachbargbiet noch erheblich verschärft. Die ober-schlesischen Industriezentrale weisen je Wohnzone eine erheblich größere Wohnfläche auf als die deutschen Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern in ihrem Gesamtumfang. Diesem Kräftefeld die Liniarfläche bezüglich der Wohnfläche zu weichen. Deutchen in Gleiwitz und Hindenburg zu Wohnen in dieser Hinsicht unter allen deutschen Städten die ungünstigsten Verhältnisse auf. Auf einen Wohnraum entfielen am 31. Dezember 1933 in Deutchen 1,55, in Gleiwitz 1,45 und in Hindenburg 1,57 Personen. Dabei ist noch zu bedenken, daß sich die meisten der überfüllten Wohnungen der oberschlesischen Städte hinsichtlich ihrer Bauart in einem Zustand befinden, wie er nur in den schlimmsten „Proletarierkolonien“, z. B. des Berliner Nordens, vorzukommen. In Deutchen und Hindenburg besteht die Hälfte aller vor-kriegsmodernen Wohnungen nur aus ein bis zwei Zimmern, in Gleiwitz liegen die Verhältnisse mit 40,0 und 30,0 Quadratmetern etwas günstiger. Der drückenden Wohnungsnot wurde durch eine erhebliche Neubautätigkeit entgegengetreten. Die drei ober-schlesischen Industriezentrale wiesen Anfang 1933 unter allen deutschen Städten in ihrem Wohnungsbestand den höchsten Anteil an Neubauwohnungen auf (das sind solche, die nach dem 1. Juli 1918 erstellt worden sind). Der Neubautatbeitrag in Deutchen 27,0 o. H., in Gleiwitz 33,0 o. H. und in Hindenburg 23,6 o. H. — gegen nur 17 o. H. im Reichsdurchschnitt.

Die Wohnungsverhältnisse haben sich durch diese rege Bautätigkeit zwar etwas gebessert. Die Lage konnten jedoch wegen der starken Bevölkerungszunahme der Anbauflächte nur teilweise in Einklang bringen. Diese Zunahme ging einerseits auf die natürliche Gebirgsbevölkerungserneuerung, dann aber auch auf die starke Zuwanderung namentlich aus Ostoberschlesien zurück. Ein großer Teil aus dem am Polen gefallenen oberschlesischen Gebietsteil verdrängten Deutchen blieb in den unmittelbaren oder in der Nähe gelegenen Industriezentralen hängen. Viele Jahre hindurch waren Tausende dieser Flüchtlinge notwendig in Baracken untergebracht. Weithin haben Anteil die Flüchtlinge an der Gesamtbevölkerung der drei Städte ausmachen, geht aus Rundfragen hervor, die 1931 bis 1934 in den Volkskammern veranstaltet wurden. Dabei wurde festgestellt, daß 17,5 o. H. aller Volks-schulkinder der Industriezentrale Kinder von Eltern sind, die nach dem 31. März 1921 aus Ostoberschlesien nach Deutchen eingewandert sind. Die Rückwanderungsbewegung dauert auch heute noch an. Um Jahre 1932

wanderten 3489 Personen aus Ostoberschlesien nach Deutchen, Gleiwitz und Hindenburg, im Jahre 1933 waren es 4774 Personen.

Bezeichnend für die Struktur des oberschlesischen Anbauflächtegebietes sind auch die das Schulwesen betreffenden Zahlen. Der Anteil der die Volksschule besuchenden Kinder an der Gesamtbevölkerung liegt in Deutchen und Gleiwitz um fast die Hälfte niedriger als in Deutchen um etwa ein Drittel tiefer als im Durchschnitt der deutschen Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern. Die Verzögerung der oberschlesischen Städte mit Schulen und Lehrkräften entspricht aber nicht dieser höheren Anzahl der Schüler. Im Schuljahr 1933/34 wurde eine Volksschulkategorie in Deutchen durchschnittlich von 52,9 Kindern besucht, in Gleiwitz von 48,0 und in Hindenburg von 48,5. Auf eine hauptamtliche Lehrkraft kamen im Schuljahr 1933/34 in Deutchen durchschnittlich 55,4 Kinder, in Gleiwitz 58,9 und in Hindenburg 50,5. Im Durchschnitt der deutschen Städte mit über 50 000 Einwohnern kamen auf eine hauptamtliche Lehrkraft dagegen nur 37,4 und auf eine Klasse nur 40,5 Schüler. Anders liegen die Verhältnisse in den mittleren und höhereren Schulen. Diese werden in Deutchen, Gleiwitz und Hindenburg verhältnismäßig schwächer als im Durchschnitt der Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern besucht. Der durchschnittliche Klassenbesuch, wie die durchschnittlich von einer hauptamtlichen Lehrkraft zu betreuenden Schülerzahl entspricht etwa dem Durchschnitt der Städte mit über 50 000 Einwohnern. Dieses an sich günstige Verhältnis ist jedoch weniger durch die gute Ausstattung der oberschlesischen Anbauflächte mit höheren Schulpfassen als auf die vergleichsweise geringe Anwesenheit dieser Schulen durch die Bevölkerung zurückzuführen.

Im ganzen ergibt sich aus all diesen Angaben kein erfreuliches Bild. Es ist im oberschlesischen Anbauflächtegebiet auf sozialem und kulturellem Gebiete noch unendlich viel zu tun. Da bei der verhältnismäßigen Armut der Bevölkerung die Steuereinnahmen der Kommunen gering, die notwendigen Ausgaben aber so höher sind, ist die Forderung der Kommunalen Interessengemeinschaft für das oberschlesische Anbauflächtegebiet, dem wirtschaftlich und politisch gleich wichtigen Grenzgebiet erhöhte staatliche Zuschüsse zu gewähren, durchaus berechtigt. Die nationalsozialistische Regierung ist daran gegangen, die Geldsumme des unter den Unterallgemeinden der Vergangenen wie unter dem Zerfallensstadium der Weimarer Friedens-mehrheitlichen Gebiets nach großem Anstrengen durch den Reichsanwalt an erster Stelle nach hier die Bevölkerungspolitik die Entlastung der drei überfüllten Großstädte in Angriff genommen werden.

## Ostland-Woche.

### Deutschland - Polen 5. 2.

Der zweite Fußball-Länderkampf, den am 9. September die Nationalmannschaften von Deutschland und Polen im Warthauer Militärstadion vor 35 000 Zuschauer ausstrugen, wurde von Deutschland mit 5:2 überlegen gewonnen, nachdem zur Hälfte der Stand des Spieles noch ungelöst war. Wie schon im Dezember vorigen Jahres in Berlin, erwiesen sich die Polen nicht nur als beherzt, sondern auch in technischer Beziehung als hervorragende Kämpfer. Noch niemals wurden auf einer sportlichen Veranstaltung in Polen so viele Zuschauer gesehen, wie bei diesem deutsch-polnischen Wettkampf, der erst seit kurzer Zeit bestehenden sportfreundtschaftlichen Beziehungen der beiden Nationen verliert und gestiftet hat. Die Aufnahme der Deutchen ließ an Herzlichkeit nichts zu wünschen übrig. Bereits am Vortage hatte in Abwesenheit des auf dem Darleuge weilenden deutschen Feldmarschalls von Moltke der Gehörsführer dem Spiel wohnen hohe polnische Würdenträger, die Sieger der Sportereignisse, der deutsche Gehörsführer Dr. Schliep usw. auf der Ehrentribüne bei. In Sonderzügen waren etwa 10 000 Ostpreußen und Schlesier nach Polen gekommen, um den Kampf miterleben und den deutschen Spielern den Rücken stärken zu können. Die Deutchen ließen den Schlachtfeld: „Ach, rück, geh! Sermonial“ machtvoll über den Kampffeld brausen und standen an Kaufsträße hinter den zahlenmäßig weitüberlegenen Polen kaum zurück. Der Länderkampf Deutschland - Polen ist mehr als ein bloßes sportliches Ereignis gewesen. Doch 10 - Reichswehr lieh ein einziges Case in der Hauptstadt Polens auszuhalten, ist seit dem Weltkrieg nicht mehr vorgekommen. Und daß der Sieg der deutschen Mannschaft bei aller Verunsicherung, mit der die deutschen und die polnischen Zuschauer dem Spiele gefolgt sind und bei der bekannten Empfindlichkeit der Polen, die Sport und Politik sehr leicht miteinander vermengen, im allgemeinen in fairer Weise anerkannt und gerühmt worden ist, ist ein Beweis nicht nur sportlicher Gesinnung, sondern auch der politischen Entspannung auf polnischer Seite.

### Die deutschen „Rüstungen“.

Der „Kurier Domanski“ ist über die deutsche „Aus-rüstung“ vollkommen im Bild. Er weiß „ganz genau“, über wieviel Mannschaften, Flugzeuge und sonstige kriegsmäßige Dinge Deutschland verfügt. Am 11. September berichtet er es seinen er-zehrenden Lesern. Man höre: Deutschland soll gegenwärtig 300 000 Mann Reichswehrsoldaten, 150 000 Schulpfassen und 360 000 SA-Männer, insgesamt also 810 000 Mann unter Waffen haben.

„In wenigen Tagen“ können „ungeheure Mengen“ mobilgemacht werden. Die Luftflotte Deutschlands soll aus 2400 Kriegs-flugzeuge bestehen, und zwar aus 90 Geschwadern Verfolgungsflug-zeugen, von denen jedes aus 12 Maschinen besteht. 70 Geschwadern Bombenflugzeuge, jedes 9 Flugzeuge stark. 70 Beobachtungs-geschwadern, in gleicher Stärke, und 14 Wasserflugzeuggeschwadern. 24 Flug-zeugfabriken sollen im Laufe eines Monats 2 500 Flugzeuge herstellen können. An 31 Städten, schreibt der „Kurier Domanski“ weiter, befin-den große Werke der Rüstungsindustrie, die jederzeit Kriegs-material herstellen könnten. An 15 Städten gäbe es Flugzeugfabriken, in acht Städten chemische Fabriken und der unmittelbaren Kontrolle des „Industriemobilisationsamtes“ unterstän-den 34 chemische Fabriken. Auch daß Deutschland ein verhältnismäßig gut ausgestattetes Rak-ka-feldwesen besitzt, erscheint dem polnischen „Blatte“ verdächtig: 150 000 Lastautos (Daxotons etwa 6000 mit elektrischem Antrieb), 522 000 Automobile und Traktoren, 374 000 Motordräger und 500 000 kleine Motordräger seien vorhanden und für Kriegszwecke verwendbar. Es folgen Angaben über die Autarkie in Deutschland und ihre Transportfähigkeit. Und schließlich ist auch das deutsche Militär-budget der polnischen Aufmerksamkeit nicht entgangen. Es betrage 3992,3 Millionen Franken, wöhrden das französische Budget nur 3187,2 Millionen Franken betrage. Zu diesem im Budget des Reichs-wehrministeriums enthaltenen Ausgaben kämen dann noch die vielen im Haushalt anderer Ministerien verdeckten militärischen Ausgaben hinzu. So seien im Budget des Reichsinnenministeriums Polen für „militärische Ausgaben“ (gemeint ist die Chemische Kontrolle) vorhanden; dasselbe bei beim Budget des Reichsfinanzministeriums, des Reichs-ländermirtschaftsministeriums usw. der Fall. Alle diese Postitionen zu-sammen sollen nach der Rechenkunst des „Kurier Domanski“ die Summe von 15 Milliarden Franken die für Rüstungen und Kriegs-voorbereitungen bestimmt sind, ergeben.

### Die polnischen Kriegsverluste.

Kürzlich ist nach fünfjähriger Arbeit ein 1061 Seiten umfassendes „Verzeichnis der Verluste des polnischen Heeres“ („Zlota lista Wojska polskiego“) erschienen, herausgegeben vom Heeres-amt für Geschichte (Wojskowe Biuro Historyczne). Es enthält den Nach-weis von 47 055 Gefallenen und Gestorbenen in den Kriegen des unabhängigen Polen vom Oktober 1918 bis zum Ende des Jahres 1920, und zwar an allen Fronten. Nicht enthalten sind in dieser Zahl die Verstorbenen, deren Tod offiziell nicht festgestellt ließ. Dieses Verzeichnis der Verluste des pol-nischen Heeres ist, wie die polnische Presse hervorhebt, einzig in seiner Art.

### Das vierte und fünfte Opfer Żuradows.

Żuradow hat weitere Opfer gefordert: Ruch Lednicki, Matujewski und Dobecki ist jetzt Graf Heinrich Potocki über Żuradow gestürzt. Er wurde am 6. September verhaftet, nachdem er kurz vorher schon den Vorwurf im „Polnischen Roten Kreuz“ niedergelegt hatte. Er wurde von dem aus dem Briefe Prozej bekannten Untersuchungsrichter genommen und kann sofort in Untersuchungshaft abgeführt. Graf Potocki war der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Żuradower Textilwerke. Er gehörte zu den zahlreichen Erägern hilfloser polnischer Familien, mit denen Schieber und Gauner in Polen schon so oft ihre verbotenen Verhältnisse zu veranlassen verstanden. „Es wird, wie vorerwähnt, Anklage nach Artikel 269 des neuen Strafgesetzbuchs gegen ihn erhoben werden, der diejenigen mit Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahren bedroht, die in ihrer Eigenschaft als Vertreter bestimmter Vermögensinteressen anderer Personen zu deren Schäden handeln. Graf Potocki war in der Vorkriegszeit polnischer Abgeordneter in der russischen Duma und damals Gründer der „Partei für Realpolitik“. In neuen Polen land er stets an der Spitze der polnischen Konfessionisten und ging mit diesen im Jahre 1928 ins „Pilsnisklager“ über. Er ist Mitglied des Aufsichtsrates jährlieher großer industrieller Unternehmen und u. a. auch Mitglied des Präsidiums der „Alliance Française“ in Warschau. Für die konservative Gruppe im Regierungsblock ist die Affäre Potocki ein schwerer Schlag.

Als Künstler lebt Senator Łagowski auf der Wille der Opfer Żuradows. Er hat in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Regierungsklubs, Oberst Slamek, darum gebittet, seine Tätigkeit als Verwaltungsmittglied der Żuradower Werke durch das Klubgericht prüfen zu lassen. Gleiches hat Łagowski für die vollkommenen Klärung des Falles das Amt als Leiter der Senatorengruppe des Regierungsblocks niedergelegt. Die polnische Presse beschäftigt sich nach wie vor einseitig mit der Żuradower Affäre. Interessant ist dabei die Feststellung, daß der Fall nicht nur als ein Auseinanderbrechen mit französischen Kapitalisten, sondern immer stärker auch als eine internationale politische Aktion gegen die bisher sehr einflussreichen konservativen Kreise des Regierungsblocks aufgefaßt wird.

### Juden unerwünscht.

Witklich hatte sich die nationaldemokratische „Gazeta Warszawianka“ dagegen gewandt, daß die polnischen Behörden nichts gegen die Rückwanderung der Juden aus Deutschland nach Polen unternehmen. Unmehr beschäftigte sich auch der „Kurjer Warszawski“ mit dieser Frage. Senator Koskowski protestiert in einem „Warum gerade mir?“ überschriebenen Artikel gegen die von Juden von der polnischen Regierung gegebene Zusage, dem Aufenthalt der jüdischen „Rückwanderer“ in Polen weiterhin keine Schwierigkeiten bereiten zu wollen. „Sollten in Polen nicht die jüdischen Juden mit einigen anderen Völkern die ersten Rollen des deutschen Antisemitismus begeben?“ fragt Senator Koskowski. Man müsse wegen der aus Deutschland kommenden Juden besorgt sein. Es entstehe ein sehr ernstes Problem. Der Antisemitismus nehme in breiten Kreisen des polnischen Volkes zuweilen zu. „Müsse man da die Judenfrage noch weiter verschärfen? Es sei paradox, wenn man einerseits die Auswanderung nach Palästina unterstütze und andererseits neue Juden ins Land hereinlasse. Die polnischen Konsulin im Orient bieten heutige Juden zu Ehren Palästinas, denn die besten, meistens ein kleiner Teil der Juden werde Polen verlassen. Gleichzeitlich aber erleichtert die polnischen Konsulin in Westeuropa den deutschen Juden die Einreise nach Polen. Man könnte einwenden, daß, um 3 Millionen Juden seien, noch einige tausend neue keine große Rolle spielen. Aber es gebe in Polen nicht einmal für die polnischen Rückwanderer Arbeit, die aus fremden Ländern in ihr Vaterland zurückkehren müßten. Es gebe in Europa Länder, die bedeutend reicher als Polen seien, in denen geringere Arbeitslosigkeit herrsche, und die weit weniger Juden befaßen. Diese sollten ihre Tore aufreißen lassen. Warum solle Polen auch heute wieder, wie seit Jahrhunderten, die Rollen des spanischen, deutschen, russischen und englischen Antisemitismus begeben?“

### Polnische Mütter gegen jüdische Lehrer.

In Domya (Kongresspolen) veranfaßten zu Beginn des neuen Schuljahres am 31. August die christlichen Mütter eine jugendfeindliche Kundgebung. Die Lehrkräfte der Schulen dieser Stadt rekrutieren sich hauptsächlich aus Juden. Nachdem die christlichen Erziehungsberechtigten früher schon mehrfach erfolglos gegen die Anstellung von jüdischen Lehrern in christlichen Schulen protestiert hatten, begaben sich jetzt 400 christliche Mütter in das Schulinspektorate und fordereten die Entlassung der jüdischen Lehrer.

### Danziger Sparmaßnahmen.

Im Geheißblatt für die Freie Stadt Danzig veröffentlichte der Senat eine Verordnung über die Stilllegung der Staatsbauschulden des Jahres 1924 und die Abschaffung der Staatsschulden des Jahres 1924. Der festgesetzte Haushaltsplan weist auf die Einnahmen und Ausgaben in der ordentlichen Etat eine Summe von 121 367 290 Gulden, im außerordentlichen eine Summe von 108 510 Gulden an Einnahmen und Ausgaben auf. Die Verordnung enthält die Bestimmung, daß

der bisher gefasste sechszwanzigprozentige Ausgleichszuschlag für alle Staatsbediensteten auf  $\frac{1}{2}$  v. H. herabgesetzt wird und so dem Staat eine wesentliche Ersparnis seiner Verwaltungskosten ermöglichen wird. Der Zwang zur Sparpolitik kommt weiter in einer Verordnungsbestimmung zum Ausdruck, daß beim Freierwerb von Beamten- und Angestelltenstellen in der gelamten staatlichen Verwaltung mindestens jede zweite freiwerdende Stelle, mit Ausnahme der leitenden, einzusparen ist. Ferner wird in der Verordnung der Senat ermächtigt, die bestehenden Schulden zur Durchführung der durch den Haushaltsplan genehmigten und begrenzten Aufwendungen aufzunehmen und zur Beseitigung von Rückständen der Staatsschulden des Jahres 1924 und der Staatsschulden des Jahres 1924, vorbehaltlich der Zustimmung des Senatsrates, zu übernehmen, sofern ein öffentliches Interesse vorliegt.

### Hinbuzer Grabstätte.

Nachdem die Bevölkerung mehrere Wochen lang freien Eintritt in das Lennenberg-Rationaldenkmal hatte, um zum Gedenken der verstorbenen Reichspräsidenten und Feldmarschälle von Hinbuzer zu gedenken, ist am 1. September ab der Denkmalschranke wieder nur gegen Eintrittskarte zu betreten. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pfg. für Erwachsene und 10 Pfg. für Kinder. Die so vereinnahmten Beträge werden weiter zum Ausbau des Denkmals verwendet. Der Einlass ist mit Rücksicht auf die Ruheplätze Hinbuzers neu geregelt. Führungen finden stündlich zwischen 9.00 und 18.00 Uhr statt. Im Verlaufe der Führung sprechen die Besucher auch am offenen Strukturm vorüber. An Stelle des einverzoogenen Militärsportplatzes verkehrt jetzt Gendarmarie allein die Wache. Die während der Dienstleistungsdiensten unterbrochenen Wanderfahrten werden wieder aufgenommen worden. Als Räume erhalten an Stelle der bisherigen Feldküche engebäude Wohnküchen; außerdem werden die Umgebungen abgebaut. Auch wird der innere Ausbau des Feldberns- und Solbaturmes in Angriff genommen werden. Die Arbeiten zur Herstellung der Feldmarschallgräber können erst begonnen werden, wenn der engebäude Entwurf vorliegt.

### Wareneiden für polnische Erzeugnisse.

Die polnische Regierung plant die Einführung eines Wareneidens für polnische Erzeugnisse. Die in Vorbereitung befindliche Verordnung soll folgende grundlegenden Bestimmungen enthalten: Die polnischen Fabrikanten, die ihre Erzeugnisse mit dem polnischen Warenzeichen versehen wollen, werden an der hierfür bestimmten Stelle bei der Anmeldebehörde anmelden haben, welchen Prozentanteil am Fabrikpreis die aus dem Ausland bezogenen Rohstoffe oder Halbfabrikate und die sonstigen Hilfsmittel (Verpackungsmittel) haben. Die Berechtigungsverteilung wird von einem Ausschuss vorgenommen, der aus Vertretern der Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft sowie wissenschaftlichen Vertretern der Technik und der Volkswirtschaft besteht. Nur Waren, die benannt in Polen bezahlte Arbeitslohn, polnische Rohstoffe und Halbfabrikate, Verpackungsmittel, mindestens 50 v. H. des Fabrikpreises betragen, erhalten das polnische Warenzeichen. Die Waren, die ausgenommen werden, sind bei solchen Waren gemacht, deren Rohstoff oder Halbfabrikat in Polen nicht erzeugt wird, und der Fünftelprozent Anteil an den Selbstkosten dadurch nicht erreicht werden kann.

### Polnischer Wein.

Die Herstellung von Obstweinen wird in Polen u. a. im polnischen Gebiet schon seit langem betrieben. Aus Trauben gekelterter Wein wurde aber im Lande selbst bisher noch nicht gewonnen, und da die ausländischen Weine mit hohen Zöllen belegt sind, ist der Weinpreis in Polen ein nur geringen Begüterten beschwerliches Getränk. Jetzt sind in Polen die ersten Anstalten zur Weinbau und der Weinbereitung geschaffen worden, und auf der hiesigen Weinberg Herbfestliche werden zum ersten Male Weine angeboten, die von der Traube bis zum fertigen Flaschenwein ein eigenes Landeserzeugnis sind. Das polnische Weinland befindet sich in der südöstlichen Ecke Polens nahe der rumänischen Grenze. Es liegt unangeführt auf derselben geographischen Breite wie das Lokogger Gebiet in Ungarn. In einem nach Süden gerichteten Seitental des Danjst sind hier an den Hängen einies Weinpflanzens angelegt worden, die zunächst eine Fläche von rund 100 Hektar haben und mit 200 000 Weinstöcken besetzt sind. Die ersten Anstalten zur Weinpflanzens soll nach ungarischen und französischen Vorbildern ausgeführt werden sein. Die Verarbeitung erfolgte im Zusammenwirken mit einer Weinberger Weinhandelsfirma. Man darf auf das Ergebnis der ersten Weinbergen gespannt sein. Wenn auch einfließen der eigene Wein im polnischen Wirtschaftsleben noch keine wesentliche Rolle spielen wird, so wird man doch nach den Ergebnissen der ersten Versuche ein Urteil gewinnen können, ob eine weitere Ausdehnung des Weinbaus in Ostgalizien lobend erscheint.

### Mitläufe nach Obingen.

Das Warshawer Verkehrsministerium hat beschlossen, im kommenden Jahr einen beschleunigten Personenzugverkehr mit Obingen einzurichten. Und zwar sollen auf der Strecke Warshaw-Obingen zwei Paar Blüthüge verkehren, deren mittlere

Stundengefchwindigkeit 140 km betragen soll. Schon jetzt wird mit dem Umbau des Bahnkörpers auf der Linie Warchau-Bingen begonnen werden, damit er im nächsten Jahr mit der angegebenen Geschwindigkeit befahren werden kann. Im Laufe des Winters wird ein für den Witterverkehr besonders konstruierter Typ leichter, schneller Lokomotiven gebaut werden, ebenso besondere, in Stromlinienform gebaute Eisenbahnwagen. Die Blözüge werden jeweils aus nur drei Wagen und der Lokomotive bestehen. Das eine Paar wird von Warchau über Kutno, Chorn, Bromberg und Dirschau nach Danzig und Bingen fahren und wird für diese Reize einschließlich der Haltezeit an den genannten Stationen ungefähr 4½ Stunden brauchen. Das zweite Paar wird seinen Weg über Kutno, Malawa, Rakonitz, Otpreuzen und Dirschau nach Bingen nehmen, nur in Kutno halten und die Reize in 3½ Stunden zurücklegen. Von Lodz wird man Anschluss an beide Reize in Kutno haben.

### Die amerikanischen Polen.

Im Polnischen Institut für Zusammenarbeit mit dem Ausland hielt kürzlich der Direktor der Kosciuszko-Stiftung, Prof. Mazrjow, einen Vortrag über die Polen in den Vereinigten Staaten. Er führte darin, einem Bericht des „Kurjer Warszawski“ zufolge, u. a. aus: Die polnische Emigration in den Vereinigten Staaten könne man nach dem Grad ihrer Verbundenheit mit Polen, groß gesprochen, in zwei Teile in die in Polen und die in den Staaten Geborenen, teilen. Im Jahre 1930 machten die erlernten rund 35, die letzten 65 v. H. des amerikanischen Polentums aus. In ungefähr 15 bis 20 Jahren werde die erstere Kategorie nicht mehr existieren. Das amerikanische Volk sei ein Völkergemisch. Jede Volkgruppe steuere ihre eigene Kultur bei. Der polnische Emigrant sei in der Regel in der traurigen Lage gewesen, daß er nichts nach Amerika mitbrachte außer der Erinnerung an die Not, die ihn aus der Heimat vertrieben hatte. Man dürfe sich daher nicht wundern, daß der Volo relativ leicht der Amerikanisierung erlag. Doch zeigte sich hier eine interessante paradoxe Erscheinung. In dem Maße, wie der Pole sich amerikanisiertere, polonisierte er sich, denn er ererbe sich auf ein höheres Zivilisationsniveau und begänne seine eigene Volkskultur zu verstehen. Die Jugend polnischer Abkunft durchläuft in Studien in Polen. Die Organisierung dieses Juges nach Polen in großem Ausmaße sei die fehlende Brücke zwischen den Vereinigten Staaten und Polen. Diese Brücke baue die 1925 gegründete Kosciuszko-Stiftung, deren Tätigkeit den Zweck verfolge, einen möglichst weitreichenden Kontakt kultureller Art zwischen Polen und den Staaten herzustellen, und zwar durch bauendes Herüberholen von Professoren und anderen auf kulturellem Gebiet Tätigen nach USA, sowie durch Gründung amerikanischer Jugend in Studien nach Polen.

### Der Fall Plesz verurteilt.

Auf der Tagesordnung der Watschung vom 8. September stand als wichtigster Punkt die Verurteilung des Prinzen von Dieb. Zweifellos handelt es sich hierbei um eine Frage von höchster Wichtigkeit, weil ja schon der 11. September als Termin für die polnischen Wahlen festgelegt worden war. Dem Wölkbruch sind jedoch dringliche Angelegenheiten von jeder besonders polnisch gemeint. Und es wäre geradezu erntlich gewesen, wenn sich diese Genfer „Triebeinsintitution“ im Falle Plesz einmal ja besonderer Eile aufgerafft hätte. Die Frage wurde von der Tagesordnung abgesetzt und damit den Polen freie Hand in der weiteren Zerstückelung der Pleszischen Unternehmungen gelassen. Der Grund hierzu ist sehr mehrheitlich darin zu suchen, daß Frankreich und seine Genossen sich Polen gegenüber einmal jurorkommen erwiesen wollten, um sich von diesem in gewissen anderen Fragen Folgen machen zu lassen.

### Freipruch im Volksbundprozess.

Vor dem Bezirksgericht in Königschütze wurde am 7. September gegen 20 Mitglieder der sogenannten Volksbundjugend aus verschiedenen Orten der Umgegend von Königschütze verurteilt, die der Geheimbündel angeklagt waren. Dem Hauptangeklagten, Ermin Wainka, wurde zur Last gelegt, zu Anfang des Jahres 1933 in Lipine, Schloßengrube und Bohlenide Abteilungen der sogenannten Volksbundjugend unter der Bezeichnung „Wandergruppe“ organisiert und geleitet zu haben. Die Veranlassungen dieser Gruppen seien vor der Verbände geheimgehalten worden, und man habe zu diesem Zweck Herposten aufgestellt. Die anderen 19 Angeklagten waren als Teilnehmer an diesen angeblichen geheimen Veranstaltungen mitangeklagt. Malinka betritt entschieden, sich freundschaftlich gemacht zu haben. Es habe sich vielmehr, so führt er aus, um eine durchaus legale Tätigkeit gehandelt. Die Volksbundjugend sei keine besonders Vereinigung gewesen. Sie habe sich ihren Namen nicht einmal selbst beilegt, sondern ihn von der Polizei beilegt erhalten. Es habe sich

überhaupt um keine Organisation gehandelt, da weder Satzungen noch ein Statut noch ein Mitgliederverzeichnis vorhanden waren, sondern lediglich um zwanglose Gruppen von jungen Leuten, durchweg Mitglieder des Volksbundes, die sich zu Ausflügen und Wanderungen zusammantaten. Bei den Vorbereitungen hätten sie bei offenen Senkern deutsche Lieder gesungen, und bei den Wanderungen seien sie an öffentlichen Gebäuden vorbeigegangen, so daß von einer Geheimhaltung nicht die Rede sein kann. Entsprechende Angaben machten auch die anderen Angeklagten. Als Befragungsszene trat lediglich ein Polizeibeamter auf, der aber selbst zugab, daß die eingeleiteten Ermittlungen nichts Positives ergeben hätten. Grob des mangelfehlsten Beweismaterials konträrte der Staatsanwalt Verhaftung aller Angeklagten. Das Gericht schloß sich jedoch seinem Urteile nicht an, sondern verneinte die Schuldfrage und sprach sämtliche Angeklagten auf Kosten der Staatskasse frei. Das Gericht erkannte auch an, daß seine Überprüfung, die sich bei der Vernehmung der Angeklagten ergeben hätten, aus ihrer unzureichenden Beherrschung der polnischen Sprache zu erklären seien.

### Grav Reden verboten.

Nachdem vor kurzem erst in Carnowitz die zu Ehren des Begründers des oberbeschlischen Vergbaus, des Grafen Reden, benannte Straße umgestaltet worden ist, ist nun auch Bismarckstraße diesen „politischen“ Beispiel gefolgt. Der Bürgermeister bezieht sich auf die Maßnahme damit, daß „von beiden Seiten“ (selbst lagte er nicht, welche Seiten das sind) der Name Redenstraße beanstandet worden sei, und daß jedes Volk die Straßen nach seinen Helden zu benennen pflege. Daß Grav Reden durch seine Verdienste um den oberbeschlischen Vergbau sich nicht nur in der deutschen, sondern auch in der oberbeschlisch-polnischen Bevölkerung ein lebendes ehrendes Andenken geliebt hat, scheint diesen „vorbeschlischen Seiten“ nicht zu Bewußtsein gekommen zu sein. Die Tatsache, daß Reden ein Deutscher und dazu noch ein Beamter Friedrichs des Großen gewesen ist, scheint ihnen zu genügen, um ihn von der Liste der zu ehrenden Helden zu streichen. Ein charakteristisches Armutszeugnis, wie es nur bei laubfremden Juristen aus dem Osten möglich ist.

### Die neuen Glöden der evangelischen Kreuzkirche in Polen.

Die in der Glockenstühle der Danziger Welft Ende Juli gesagten drei neuen Glöden der evangelischen Kreuzkirche sind am 7. September unerwartet in Polen eingetroffen und im Verortum der Kirche aufgestellt worden, damit die Gemeinde sie vor der Weihe noch in Augenschein nehmen kann. Die Glockenweihe wird voraussichtlich am Sonntag, dem 23. September, im Hauptgottesdienste stattfinden. Als musikalische Rahmen soll das Kirchenkonzert des Berliner Staats- und Domchor's gelten, das voraussichtlich am Sonntag darauf, am Erntedankfest, dem 30. September, in der Kreuzkirche abgehalten werden soll. Die Kreuzkirche hat nun endlich einen Erlaß für die alten Glöden erhalten, die von 1787 bis 1917 der Gemeinde ihren Dienst geleistet hatten, bis sie, mit Ausnahme der kleinsten, wie die meisten anderen Kirchenglöden in Ostpreußen während des Weltkrieges eingezogen werden mußten. Die neuen Glöden sollen eine Höhe der Gemeinde nun 150jährigen Bestehen der am 5. März 1786 gemachten Kreuzkirche sein.

Etwa ein Drittel der Gesamtkosten der Glockenbeschaffung, zu denen die Gemeinde nun schon jahrelang durch Spenden und Sammlungen gepart hat, ist noch ungedeckt. Deshalb wären Spenden von Seiten der vielen alten Freunde des schönen Gotteshauses, die ihre Liebe zu diesem Feinwerk bei dem Wiederaufbau in so reichem Maße bewiesen haben, auch diesmal herzlich erwünscht. Gaben in jeder beliebigen Höhe werden erbeten auf dem „Polnischkonto der Evangelischen Kreuzkirchengemeinde, Breslau 134 10.

### Der Präsident des Danziger Hafenausschusses.

Der vor drei Jahren zum Präsidenten des Hafenausschusses gewählte Schweizer Dr. Wenziger, dessen Amtszeit am 1. Oktober abließ, hat den Wunsch, in den schweizerischen Staatsdienst zurückzutreten. Infolgedessen haben sich Danzig und Polen auf einen Nachfolger geeinigt, der diesmal zum ersten Male kein Schweizer, sondern ein Pole ist, Dr. Rederbragt, ist. Dieser vor bisher der Chef der Wirtschafts- und Konjunktur-Direktion beim Königlich Niederländischen Ministerium des Äußeren im Haag, Dr. Rederbragt, der die deutsche Sprache ausgezeichnet beherrscht, ist mit den Danziger Verhältnissen bereits vertraut; denn er ist wiederholt für den Wölkbruch als Sommerflüchtling in Danzig-polnischen Wirtschafts- und Zollfragen in Danzig tätig gewesen und hat wiederholt in Streitfragen grundlegende Gutachten abgegeben. Dr. Rederbragt wird von beiden Staaten als unparteiische Persönlichkeit geschätzt, so daß es nicht verwunderlich ist, daß seine Einigung über seine Person auf den Polen des Hafenausschusses-Präsidenten zufolge zu bringen.

# Verzicht in den Ferien von deutschen Öten



# Die Polen in Deutschland.

## Das Reichserbfolgegesetz und die Polen.

Von polnischer Seite ist in letzter Zeit das Ästern gegen die Annahme des Reichserbfolgegesetzes auf diejenigen deutschen Staatsangehörigen protestiert worden, die sich zum polnischen Volkstum bekennen. Dem Einspruch eines dieser Polen gegen die Eintragung seines Bauernhofes in die Erbrolle hat das Kaisererbfolgegesetz in Eile nachtrete zum Anlaß einer grundsätzlichen Klärung genommen. Der betreffende Pole hat seinen Einspruch damit begründet, daß er als slavischen Blutes und slavischer Abstammung nicht unter das Erbfolgegesetz, das fremdes Blut ausschließt, falle. Es kam also auf eine Definition des Abstammungs- und Blutbegriffes an, wie er im Erbfolgegesetz angewendet wird. Nun heißt es in der Präambel des Reichserbfolgegesetzes zwar: „Die Reichserbfolgegesetz will, unter Sicherung aller deutscher Kräfte, das Bauerntum als Blutzugewinn des deutschen Volkes erhalten.“ Zum Begriff „deutsches“ liegt aber das Gesetz ausdrücklich, daß den Deutschen diejenigen gleich gestellt werden, die kammesgleichen Blutes sind. Was unter „kammesgleichen Blut“ zu verstehen ist, wird im Gesetz nicht definiert. Das Erbfolgegesetz legt nur fest, daß „kammesgleich“ derjenige nicht ist, der unter seinen Vorfahren jüdisches oder farbigen Blutes hat. Erheblich wäre es nach Ansicht des Gerichts rätig, anzunehmen, daß alles andere Blut, soweit es weder jüdisch noch farbige ist, kammesgleich ist. So kam es schließlich zu dem Beschlusse, daß die Entscheidung über die Zugehörigkeit zu dem deutschen Volkstum seit geschichtlicher Zeit in Europa beheimatet sind. Demnach sei der Slawe im Sinne des Erbfolgegesetzes kammesgleich, der Grundbesitzbesitzer, der zum slavischen Volkstum gehöre, sei also bauerhaft. Schließlich unterstreicht das Gericht noch, daß das Gesetz nur zum Schutze und Ruhens des Bauern geschaffen wurde, und daß der Ton nicht so sehr auf „deutsches“, wie auf „bauerntum“ liege. In einer kritischen Anmerkung zu dem Urteil fiele Ministerialrat Dr. Bogalski, daß Deutschland sich einer Verletzung des deutsch-polnischen Abkommens über Oberösterreich schuldig gemacht haben würde, wenn es bei Durchföhrung des Erbfolgegesetzes im ehemaligen oberösterreichischen Abstammungsgebiet einen Unterschied zwischen deutschen Staatsangehörigen deutschen Stammes und solchen polnischen Stammes hätte machen wollen. Voraussetzungsweise wird sich mit dieser Frage noch einmal das Oberste Erb- und Hofgericht befassen.

## Die polnische Mittelschule in Poznan.

Unter der Überschrift „Polenländische Schikanen“ brachte der „Kurier Warszawski“ am 10. September eine Notiz, betreffende das Preussische Unterrichtsministerium dem polnischen Privatgymnasium in Poznan die die Schließung des Schuljahres haben sollte. Deutschland, heißt es weiter, habe dieses Vorgehen damit be-

gründet, daß die Visitation des Gymnasiums zwar günstig ausgefallen sei, im Uebrigem die Geschichte und Geographie Polens aber aus großer Vernachlässigung lide. Das Blatt knüpft die völlig unbegründete Bemerkung daran, daß es „den preussischen Behörden offensichtlich nur auf einen Vermand angekommen sei, dem einzigen polnischen Gymnasium in Deutschland die Öffentlichkeitsrechte zu nehmen und damit die weitere Entwicklung dieser einzigen polnischen Mittelschule in Deutschland zu verhindern.“

Dies ist folgendes zu sagen: Die polnische Mittelschule mit gymnasialem Uebrigem, die in der Notiz des polnischen Blattes irrtümlicherweise als „Gymnasium“ bezeichnet wird, hat bisher überhaupt noch keine Öffentlichkeitsrechte belesen. Diese Rechte können ihr also nicht entzogen worden sein. Die Schule hat vielmehr ebenso, wie das auch bei jeder deutschen privaten Mittelschule der Fall ist, einen „Probezeit“ abzuliegen, ehe darüber entschieden werden kann, ob sie die beantragten Öffentlichkeitsrechte erhalten kann oder nicht. Diese Probezeit aberläuft für die polnische Mittelschule in Poznan im Uebrigem im Herbst nächsten Jahres ab. Die deutschen Behörden haben die polnische Schließung allerdings darauf aufmerksam gemacht, daß wenn diese Wert auf die Zuerkennung der Öffentlichkeitsrechte legt, auf die Behandlung der Geschichte und Geographie Deutschlands größerer Nachdruck gelegt werden müsse als bisher, wo Deutschland im Selbst- und Erdkundeunterricht noch stark hinter Polen zurücktritt. Wenn die deutschen Behörden diese Bedingung stellen, so tun sie nur daselbe, was die polnischen Schulbehörden den deutschen Gymnasien und anderen höheren Schulen gegenüber auch tun, indem sie entsprechend eine Vorzugsbehandlung der Geschichte und Geographie Preussens in dieser deutschen Verhältnissen verlangen. Der „Kurier Warszawski“ hat in seiner Notiz also die Lage der Dinge verkehrt und entkelt wiedergegeben. Die Frage der Öffentlichkeitsrechte für die polnische Mittelschule in Poznan wird, wie gelangt, erst im nächsten Jahre akut.

## 56 Polen aus Deutschland zur Schulung in Polen.

In Chorn fand ein von der „Gesellschaft zur Hilfestellung für polnische Kinder und Jugendlichen in Deutschland“ veranstalteter Kursus statt, an dem 56 Polen aus Westfalen und Rheinland teilnahmen. Durch drei Wochen wurden die Teilnehmer für ihre Arbeit in Deutschland auf „kulturellem und sozialem Gebiete“ geschult. Der Vortag für die Polen aus Deutschland fand lebhafteste Unterstützung durch den Wojewoden von Danzow und eine ganze Anzahl von Landräten. — Wenn werden einmal Schulungskurse für die Deutschen aus Polen im Reiche stattfinden, ohne daß den Teilnehmern nach ihrer Rückkehr nach Polen Schwierigkeiten daraus erwachsen?

# System und Bewegung im baltischen Deutschland.

Es ist an dieser Stelle schon wiederholt davon die Rede gewesen, daß sich an der Mitteleuropäischen Ostfront nicht nur die Welt im Reich, sondern auch in allen deutschen Volksgruppen im Zustande geliefen haben. Während jedoch das Kennnoll nach Gewinnung eines Großteils der ursprünglichen Widerfacher des Nationalsozialismus und ihre Eingliederung in die Volksgemeinschaft als eine geeinte Nation dasteh, stehen die Volksgruppen noch immer im Zeichen der Auseinandersetzung zwischen dem Neuen und dem Alten. Die Kluft zwischen ihnen und drüben hat sich vertieft, der beginnende Integrationsprozeß, der auch hier zu der von allen Volksgenossen herbeigewünschten Einheit führen soll, ist vorerst nur für einen sehr beschränkten Blick erkennbar. Demnach hat die deutsche Volksgruppen in der baltischen Länder hat man sich daran gewöhnt, die beiden Lager als Bewegung und System zu bezeichnen. Das System ringt um seine unmittelbare Vöhrerschaft. Weisheit auf ihre vermeintlichen Verdienste in der Vergangenheit klammern sich die Systemmänner mit Zähnen und Krallen an die Vöhrung, die sie schon längst nicht mehr befeßen, gingen es nach dem Willen der Volksgruppenmehrheit. Die Bewegung fordert die Beilegung der Ewig-Stritten um jeden Preis, da nur die neuen Ideen allein zur Vöhrung berufen seien. Der Kampf zwischen Bewegung und System ist ein Kampf um die Zukunft des Reiches. Auf der einen Seite vertritt eine immerhin hochgebildete Reihe von politischen Routiniers, die, mit allen Weisern gewandt und nicht allzu polnisch in der Wahl ihrer Mittel, sich ihren Widersachern von der Bewegung auf dem Kampfboden parlamentarischer Gremien oftmals überlegen gezeigt haben. Dazu kommen die weitgehende Unterstützung intellektueller volksdeutscher Wirtschaftskreise, jährliche Veröhrungen und Verbindungen zu einflussreichen Personen und Stellen im Lande und jenseits der Landesgrenzen. Und endlich — last not least — die nicht geringe Billigung der Staatemacht. Die Kämpfer der Bewegung haben gegen diese feilschenden Absichten nichts anderes einzusetzen als glühendes Sanctissimus, unerschrockene und unerschütterliche Siegesgewisheit. An den Reihen dieser Jugend ist das unbändige Wortwärtelturnen mit reichlichem Können gepaart, das der Festhaltung entgegenbringt. Die ausgesprochen ablehnende Einstellung der Staatemacht kann die Bewegung nicht beirren, ist sie sich doch dessen bewußt, daß sie dem Staate letzten Endes mehr zu-

biehen hat, als das System. Nur die Grundprinzipien der Bewegung für das Zusammenleben der Nationen und Nationalitäten in einem Reich um garantiert an den tatsächlichen und dauernden inneren Frieden. Auch der netzhafteste und höchstliche Segner wird diese Wahrheit zuletzt einsehen müssen.

So wie das Deutschtum im Baltland 700 Jahre heimatberechtigt gewesen ist, so wird es auch noch weitere 700 Jahre allen Gewalten zum Trotz seine Sendung im Osten erfüllen. Der heutige Zustand in den deutschen Volksgruppen ist notwendig, damit eine neue Form gefunden wird, um diese Sendung gerecht zu machen. Die alten Formen sind erschöpft und eine Rückkehr zu ihnen gibt es nicht. Wenn der innere Kampf als Etappe zu neuer Gestaltung reiflos bejaht werden muß, so gilt das gleiche keineswegs für einzelne Methoden, mit denen der Kampf auf Seiten des Systems geführt wird. Der Kampfplatz, auf dem Bewegung und System aufeinander treffen, liegt nicht nur die einzelnen Gremien und Organisationen der Volksgruppen, sondern vor allem auch die Presse. So lange es Riga und in Riga ein „Presse“ der Bewegung gab, spielte sich die Presseföhrung unter Bedingungen ab, wie sie bei derartigen Auseinandersetzungen stets und überall anzutreffen sind. Voraussetzungen der Jugend, oft verörragte, immer aber irrenden, labile, unruhige und um den Kern der Dinge herumtobende Weisheit der Alten. Der durch die Bewegungspresse entfachte frische Aufstrom wirkte befreiend in der stickigen Atmosphäre der Systemherrschaft und bot den Staub von Jahrhunderten aus so manchem vergessenen Winkel herausgefegt. Das wurde mit einem Schlage anders, als die Presse der Bewegung zunächst in Eiland, dann auch in Vöhrung dem Verbot zum Opfer fiel. Hier wie dort war mit einem Schlage jede Erörterung über die von der Bewegung auf die Gegenordnung gestellten Lebensfragen der Volksgruppe abgelehnt. Die Systempresse hat seitdem alles, was irgendeine an das Verbotswort der Bewegung auch nur entfernt erinnern könnte, systematisch totgeföhrt.

Der Angriff auf die Bewegung, den das System neuerheerlicherseits gegen die mundtotgemachte Bewegung vorzutragen begann, bediente sich nicht der eigenen heimischen Presse, sondern der des deutschen Auslandes, in erster Linie also der reichsdeutschen Presse.

Die althergebrachten Beziehungen des Systems zu einem Teil der binnendeutschen Öffentlichkeit wurden dazu benutzt, um die Bewegung der baltischen Deutschen als ein Unternehmen verantwortungsloser politischer Unmündiger zu denunzieren, die ihren Volksgruppen nichts als schwere Schäden zufügen hätten. Gleichzeitig war man bestrebt, durch geschickt ersonnene Zeitungsartikel, nicht nur den all- oder lettlandschen Vertriebskatern der betreffenden Zeitung gegenüber, in den reichsdeutschen Volksteilen Nachrichten und Auffassungen zu verbreiten, die gänzlich abwegige Vorstellungen über die Zustände in den einzelnen Volksgruppen vermitteln. Um die eigentliche Einstellung und Herzensüberzeugung der Skribenten dieser Beiträge zur Kenntnis des Baltikums vor dem binnendeutschen ausgleichenden Lesepublikum zu tornen, stellen sich diese dabei zumal als Anhänger der Bewegung dar, die ja eigentlich das ganze baltische Deutschland umfasse, aber noch zu unterschätzen sei von „einer wenig zahlreichen und gänzlich einflusslosen Elite“, die trotz der Bezeichnung „Bewegung“ für sich allein in Anspruch nehme, aber nichts anderes sei, als nur der radikale Flügel der Bewegung. Über die Rückfälle, die das baltische Deutschland in der jüngsten Vergangenheit erlitten hat, werden dabei stets einige Krokodilstränen vergossen, wobei aber nie vergesen wird, hinzuzufügen, daß diese Rückfälle lediglich durch „die untreue, radikale Politik“ eben dieses Flügels der Bewegung entstanden seien. Um die alle Kreise des Deutschlands, auch die maßgebenden, darunter selbstverständlich auch den Artikelredakteur, umflossene „wirkliche“ Bewegung stehe auf dem gleichen weltanschaulichen Boden, wie das Binnendeutschum zu heute, selbstverständlich mit einigen, durch das baltische Sonderdasein bedingten Abweichungen und Abnahmen.

Ein Beispiel für viele: Ein Artikel in der „Schlesischen Tageszeitung“ (vom 17. Mai 1934) sagt z. B. wörtlich: „Diese der herrlichen Ideen, die das deutsche Volk ergreifen, fanden hier (d. h. im Deutschland Ostlands) begeisterten Widerhall, wie die der moralischen Wiedergeburt, der Führerverantwortlichkeit und der Hingabe an Volk. Andere Seiten, etwa die Behandlung der Judenfrage, werden abgelehnt.“ Man beachte, daß es nur ganz allgemein, wohl von jeder „noblemeinenden“, nationaleingestimmten Richtung vertreten Gemeinplätze sind, die angeblich „begeisterten Widerhall“ gefunden haben, während jenseitig nationalsozialistisches Gewankgen abgelehnt wird.“ Abgelehnt wird auch von diesen Gegenschriststellern die in der deutschen Presse zum Schaden ihrer baltischen Volksgenossen ihr Wesen treiben, jegliche innere weltanschauliche Auseinandersetzung innerhalb der Volksgruppe. Im Namen der Geschlossenheit des Deutschlands wird dem Beklernten der bestehenden Gegenstände das Wort geredet. So lesen wir in der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ (vom 8. Juni 1934): „Die schweren inneren Erschütterungen der baltischen Front müssen ein Ende nehmen, worauf ja in Eiter Dr. Steinacker so eindringlich hingewiesen hat. Erst Einheitsfront, dann Kampf um Weltanschauung.“ Jeder mitleidige Anhänger der deutschbaltischen Bewegung wird dazu sagen: Nein, nein, laudnalmal nein. Erst Kampf um die Weltanschauung, der mit unserem Siege enden muß. Die Einheitsfront muß sich aus diesem Kampf ergeben. Heute ist die deutsch-baltische Volks-

gemeinschaft noch nicht vorhanden, und es führt zu gar nichts, wenn man den Kopf in den Sand steckt, wie der Vogel Strauß. Aus einer Lage, die durch diese drastische Volksredensart gekennzeichnet wird, führt ein nur kurzer Weg in eine andere hinein, für die es gleichfalls eine nicht weniger ansehnliche Wendung gibt: Auf dem Dache sitzt ein Strauß, der sich nicht zu helfen weiß. Auf das deutschbaltische Volktem und seine Führer kann dieses Bild schon längst Anwendung finden. Das hindert diese Kreise insofern nicht, mit der billigen Weisheit der vom Rathhaus heimkehrenden Ratsherren die Politik der deutschbaltischen Erneuerungsbewegung der Rührigkeit zu sein.

Die unfruchtbare Kritik von Deuten, die selbst nie eine Tat gemacht haben, hat ihren Riedererschlag in einem Artikel gefunden, den die „Veipziger Neueste Nachrichten“ (vom 16. Juni 1934) unter der Überschrift „Drama in Estland“ bringen. Verfasser ist der estländische F.-M.-Mitarbeiter des Veipziger Blattes, der aber über innerbaltische Fragen „vortrefflich“ unterrichtet ist, doch er die lettlandsche „Deutschbaltische Volksgemeinschaft“ als estländisches Gremium ansieht und die freierzeit geführte Wiederwahl ihres Vorstehenden W. v. Kähler als Erfolg gegen die damals im Vorwärtshaus bestehenden nationalsozialistischen Gruppe Estlands preist. Wie dem auch sei, jedenfalls bekundet der Verfasser des Artikels in seiner Kritik das politische Verhalten der estländischen Deutschen Erneuerungsbewegung eine Einstellung, wie sie nur im System der Volksgruppe zu Hause ist, und zwar dort, wo dieses System sich noch in Reinkultur erhalten, nichts vergessen und nichts zugerat hat. Die mannhaft Rede des Führers der baltischen Erneuerungsbewegung in Estland, von Zur Mühlens, im November vorigen Jahres, nach seiner Wahl zum Vorstehenden der Deutschbaltischen Partei und damit zum politischen Führer aller baltischen Estländer, bezeichnet dieser abwegige Schriftsteller als „voll des besten Willens, aber auch voll kindlicher politischer Unmündigkeit“. Dabei ist in dieser Rede die Summe jeder deutschbaltischen Politik gezogen, die heute und morgen allein Geltung hat und stets haben wird. Zum erstmal in der Geschichte des baltischen Deutschlands ist von einem baltischen Führer dem estnischen Volk offen und ehrlich die Hand hingestreckt worden und zum erlennt worden die Prinzipien vor allem Volk verkündet und aufgestellt, die allein ein weiteres Vorne der Volksgruppe als Bestandteil der baltischen Heimat und als Größtmittel des estnischen Volkes, gleichzeitig aber auch als Glied der großen deutschen Kulturgemeinschaft gewährleisten können. Wenn die ungeliebte Hand aus dem deutschen Reich gezogen wird und heute noch zurückgeholt wird, wenn auch jeder sichtbare Erfolg dem Auftreten von Zur Mühlens und der politischen Feuertaupe seiner Bewegung bisher verlagert blieb, diese Tat wird in der Zukunft, mag sie nahe sein oder vielleicht noch fern, jedoch für die enge deutschbaltische Politik, als auch für die Nationalitätenpolitik des estnischen Volkes megenmäßig sein müssen. Heute wird noch die dargebotenen Friedensband übersehen — die Hand Deutschlands von der ganzen umgebenden Welt, die des baltischen Deutschlands als seines getreuen Spielgenossen und besten Partner in der eigenen Heimat. Es soll und muß eine Zeit kommen, wo die andere Hand in die dargebotenen Einschlagen wird, hier und dort. Rbs.

## Die masurenische Flotte 1914.

Die kleine Festsung Boyen bei Vöden, idyllisch zwischen die blauen Augen der masurenischen Seen gebettet, hatte seit ihrer Erbauung keine so bösen Tage gesehen, wie die im August 1914. Die Russen waren mit ihren Bomben über das Land geschlagen, hatten Dörfer und Städte verwüstet und in Brand gesetzt. Ihnen verschießt man getötet, und 14 Tage nach Kriegsbeginn hatte sich ein bewaffneter Ring um das kleine Werk gelegt.

Die schmale Landung zwischen dem Vöden- und dem Mauersee konnte die Schlüchtheit nicht lassen, die aus den entsetzten Gegenden Ostpreussens hierher aufmarschiert waren. Sie vertrauen fest auf die Macht der Geschütze der kleinen Festsung, und sie mußten, daß es keine vergebliche Hoffnung war.

Es waren arme Leute, die sich hier auf kleinem Raum zusammenfanden. Raum mehr als das nackte Leben hatten sie gerettet, als die Russen ihre Dörfer fürirten. Die bittere Not war ihre Begleiterin, als sie in der verlassenen Stadt Vöden landeten. Der Kommandant der von den Russen umringelten Festsung mußte sich immer im Verein mit der Oberin der Diakonissenstern annehmen. Die meisten konnten wieder in die Heimatorte zurückkehren, nachdem die Russenloft befreit war, aber es fehlte an Mitteln, die unglücklichen Menschen auf die neue weite Welt zu schicken.

So sah es in der Festsung Boyen und in ihrer Umgebung aus, als die Russen den Kommandanten zur Übergabe des einsperrigen Werkes auffordern ließen. In dem jeder großspürigen Schriftsatz des russischen Befehlshabers sah es:

„Vöden ist schon von den Truppen der russischen kaiserlichen Armee ganz umgeben. In Anblich ist eine weitere Verdrängung der Festsung. Mir ist befohlen, Sie zu beauftragen, die Festsung freiwillig zu übergeben — damit kann man vermeiden unnütze Verluste... Sie haben zu Ihrer Verfügung vier Stunden, um die unsere Bedingungen zu überlegen. Wenn Sie nicht wollen mit dieser Bedingung zufrieden sein, so wird man mit offener Kraft die Festsung nehmen und in diesem Fall doch kein Stein auf Stein nicht gelassen wird.“

Von dem russischen Befehlshaber ein besseres Deutsch zu verlangen, wäre unbillig gewesen. Der plumpe Einschüchterungsversuch glückte nicht. Die Antwort des deutschen Kommandanten der Festsung Boyen lautete deshalb:

„Ihre Aufforderung, die Festsung zu übergeben, weise ich für mich und meine tapfere Besatzung, als in höchsten Grade ablehnend zurück.“

Der Kommandant der Festsung Boyen er. Zulke. Die beste Verteidigung ist der Angriff. So dachte auch der Kommandant, und machte sich zunächst daran, seine Flotte in Marsch zu setzen. Denn so sonderbar es klingen mag, die Festsung auf der Landenge zwischen Vöden- und Mauersee verfügte über eine richtige kleine Flotte. Es war sozusagen der jüngste Sproß der deutschen Marine und ihre Aufgabe war die Rekognosizierung der sich über 20 Kilometer erstreckenden Seenfläche und die Sicherung der Ufer. Ein tüchtiges Schiff war z. B. der Dampfer „Barbara“, von einer komplexen Besatzung geleitet und trefflich armiert.

Es war am Hauptstapel der großen Schlacht an den masurenischen Seen am 10. September, als die deutsche Einfassung schon die Seebojen und Dillacken östlich am Anagebur durchgehrt waren. Die Artillerie schmetterte in die russischen Baumhainen und machte sie krumm. In diesem Falle sollte die „Barbara“ ihre Feuertaupe erleben. Voll-dampf voraus, durch das blaue Wasser pflügend, stellte die „Barbara“ die Verbindung zwischen der 36. Division und der schweren Artillerie des 20. Armeekorps her. Das tapfere Schiff wurde von dem östlichen Ufer her, wo die Russen noch lagen, kräftig beschossen. Aber unversehrt kehrte es spät in der Nacht in seinen Heimathafen bei Vöden zurück.

Die Befehlsung schickte sich gerade an, zur Ruhe zu gehen, als der Donner der Geschütze laut wurde, über der Rauchhimmels wukte unaufhörlich das Feuerwerk der Uffschüsse und der explodierenden Geschosse. Das Feuer unter dem Kessel burste nicht auszuhalten. Nach einer Stunde kam wieder das Kommando „Anker auf“ und die tapfere „Barbara“ lag in See. An der Dunkelheit wurde Kurs auf die Insel Uplaten genommen.

Die „Barbara“ war diesmal Bekanntschaft für einen letzten Transport, der möglichst rasch der Raub vollendet werden mußte. Es handelte sich um die Überführung einer Haubitzenbatterie aus der Feste Bogen nach der Insel. Sie sollte dort aufgestellt werden, um eine nichtergibt starke Batterie der Russen, in der Nähe der Ortschaft Ebergarten, am Nordrand des Meerjesses, zum Schweigen zu bringen. Die Batterie selbst war zum Teil auf einem anderen Schiff der meistenflüchtigen Flotte, auf dem Dampfer „Alma“, untergebracht. Ihre Befehle hingen hier nicht „Play“ und so hatten die Pioniere einen mühsamen Drobm gemindert.

Es war gemäßigtem ein kleines, schwimmendes Boot, das sich auf der See machte, unter Führung der fähigsten „Barbara“. Alles klappte. Bevor die ersten Sonnenstrahlen über das Wasser des Sees leuchteten, hatte die kleine Flotte vor der Insel Anker geworfen. Mit allen verfügbaren Kräften machte man sich daran, die Batterie aus Ufer zu schaffen. Das gelang so vortrefflich, daß bereits um 6 Uhr früh die ersten Granaten die Wöbde verließen. Dann trat eine Ruhepause und eine Zeit des Abwartens ein, und gegen 10 Uhr erhielt die „Barbara“ selbst Befehl, vorgezogen und in den Kampf einzugreifen.

Am hohen Fahrt ging es nach Norden. Die Seeufer wurden scharf beobachtet. Es zeigte sich nichts, als ein etwas fernerer Gefährte, dessen Charakter sich aus der weiten Entfernung nicht so ohne weiteres feststellen ließ. Fremde oder Feind? Schließlich wurde mit Ferngläsern ein Blick „ausgemacht“, auf dem sich zwei Leute befanden. Die „Barbara“ hielt sich schaufrüher. Vier bald zeigte sich, daß man Freunde vor sich hatte. Es waren zwei Pioniere vom 26. Bataillon, die sich auf einer Erkundungsfahrt gegen die von den Russen besetzte Ebergartenstraße befanden. Die beiden Abenteurer wurden an Bord genommen und man machte sich die „Barbara“ weiter auf dem We. Vom Feind ist zunächst nichts zu sehen. Der Wald liegt schweigend

in seiner Einlamkeit und auch die Gefährte am Ufer, soweit man sie übersehen kann, scheinen vom Seinde nicht befeht zu sein. Die „Barbara“ zieht nur 250 Meter vom Ufer entfernt ihren Weg, als plötzlich vom Lande aus mehrere Schüsse auf das Schiff abgegeben werden. In dem nächsten Schiff, das das Kordebe des Meerjesses erfüllt, wird eine starke russische Patrouille gefeht. Die „Barbara“ setzt sich in Feuerbereitschaft, ein Angewandter näht durch das Schiff. Ein Pionier auf der „Barbara“ sinkt getroffen zu Boden. Das Gefährte wird gerichtet und unter dem „Barbara“ der Befehlung fliegt die erste Granate in den Feind aus Ufer. Das Bombardement wird fterker.

Angesichts auf Schuß folgen auf den Uferabgang und auf ein Gefährte, in dem sich die Russen festgelegt hatten. Es dauert nicht lange, dann sieht man sie Hals über Kopf die Gebäude verlassen. Die „Barbara“ hat ihre Arbeit getan. Sie nimmt ihre Aufklärungsarbeit wieder auf und fährt jetzt einen Winkel am Mauer- und Bojmoje ab. Als man am Nachmittag in die Nähe des Dorfes Kosoben kommt, hat sich dort eine Kofakenpatrouille gerade gemächlich niedergelassen. Das Gefährte der „Barbara“ macht ganze Arbeit. Später kommt eine lange Wagenkolonne in Sicht, auch sie wird vom See aus unter Feuer genommen und rest über die Felder davon. Als das Schiff wieder nach der Batterie zurückkommt, herseht dort Suchmaschinen und Siegesfrühe. Ein russisches Korps ist umgelegt und zur Übergabe bereit. Die Haubitzenbatterie wird wieder an Bord genommen und die kleine moralische Flotte tritt ihren Rückmarsch nach der Feste Bogen an. Schiffe und Gefährte haben reichlich gearbeitet. Die Befehlung hat sie festlich geschlossen. Die Raub bricht herein, am Himmel leuchtet es noch, es ist die große Schlacht, die weiter nach Osten zieht. Begleitet klingt das Deutschlandlied durch die Raub. Die Feste Bogen hielt Stand; sie feiert oben ihren 80. Geburtstag.

## Der Schulkamerad des Ministers.

Ein Schulkamerad Kowalki war Minister geworden. Ein Jahr hatten sie in der Sexta nebeneinander auf einer Bank gesessen, und einmal hatte Kowalki den Minister fürchtbar verprügelt. Das war übrigens der einzige Triumph in seinem Leben gewesen. Nachher erlitt er nur lauter Niederlagen, von der Befähigungsprüfung in die Quinta angefangen, bei der er durchfiel und zum künftigen Minister überholt wurde. Die Nachricht von der Ernennung regte Kowalki auf.

„Also solche Leute kommen hoch“, knurrte er erbittert und juckte die Achseln.

Sieit seiner Sextanerzeit hatte er zu seinem Schulkameraden keine Beziehungen mehr gehabt und ihn bald ganz aus den Augen verloren, aber ihm war der Gedanke, der Jahre überdauernd geblieben, daß jener ein stumpfer unintelligenter und noch dazu höchst unangenehmer Bursche war. Es war möglich ihnen zur Kauferei gekommen, weil der andere ihm nicht hätte vorliegen wollen.

Kowalki hatte kein Glück im Leben. Die Schule beendete er nicht und schlug sich in Privatstellungen als behilfender Angestellter durch. Er hatte eine unfehlbare Frau und drei krankliche Kinder. Der händliche Kampf mit der Not des Lebens hatte ihn müde gemacht und früh alternd lassen. Der Minister aber lag glänzend aus. Niemand hätte ihm dem natürlichen sein Bild, und Kowalki betrachtete gereizt das energische und gesunde Gesicht, in dem er trotz der Veränderungen, die die Jahre gebracht hatten, seinen früheren Schulkameraden sehr gut wiedererkannte.

„So ein Hornseich ist Minister geworden. Wird sich er sich aber die Taschen füllen“, wiederholte er mechanisch immer wieder, und ein immer größerer Haß gegen den Minister erfaßte ihn. Zu Hause fing er beim Mittagessen plötzlich an, mit nervöser Gerechtigkeit zu erzählen, wie er ihm einst verprügelt habe.

„Er bekam von mir so eins in die Fresse, daß seine Nase blutete!“ Die Kinder sahen den Vater erlaunt, mit großen Augen an, bei seiner Frau aber fand die Erinnerung an diese Begebenheit keine Anerkennung.

„Du hast ja in allem Glück gehabt“, erwiderte sie bißig. „Was wird er dir jetzt noch sagen wollen.“

„Ja, und was dem weiter?“

„Nun, ein anderer Mann würde sich, wenn er einen Minister zum Schulkameraden hätte, wenigstens das Junke machen. Wir aber kommen im Elend um.“

„Einen solchen Dummkopf würde ich um nichts bitten“, entgegnete Kowalki pathig.

„Er würde dich hinauswerfen, wenn du mit einer Bitte zu ihm kümst. Und wie bist du nur auf den Gedanken gekommen, dich zu prüfen? Als Minister du doch eben doch ein Trottel gewesen sein wie jetzt. Übrigens“ rief Frau Kowalki nach einer Weile hinzu, „ich glaube das alles nicht.“

Ob du es glaubst oder nicht — er bat von mir eins in die Fresse bekommen“, höhnte Kowalki und lachte laut auf.

Die Kinder glaubten dem Vater. Der achtjährige Kasimir fragte interessiert:

„Und hat seine Nase stark geblutet?“

„Sehr stark.“

„Was Rosenbluten war doch, daß Kowalki konnte jetzt die Sache nicht mehr auf zurückbringen.“

„Wenn das wahr wäre, dann sollte man dir die Nase verbühen“, pläzte seine Frau wieder heraus. „Sich eine solche Bekanntschaft so zu verdienen.“

„Aber Papa konnte doch in der Sexta nicht wissen, daß der andere

einmal Minister werden würde“, verteidigte die kleine Josephine ihren Vater.

„Aber Papa war immer bißig!“

„Du solltest doch in Segenmart der Kinder keinen Krach machen“, brummte Kowalki.

Er schweig und sprach kein Wort mehr, bis das Essen zu Ende war. Eine dumpfe Empörung über das Leben ergriff ihn. Warum hat der eine Glück und der andere nicht? War er etwa weniger wert als so ein Minister? Er fing an, im Geiste sich alle von seinem Willen unabhängigen Möglichkeiten im Leben zu überlegen, grub sie bis ins äußerste Wollust aus dem Gedächtnis aus und hellte sieh fast, daß er seit seiner Kindheit noch nie unglücklich gewesen war. Das erste ihn in eine solche Verzweiflung, daß, als er sich nach dem Essen auf dem Sofa zum gewöhnlichen Nachmittagsfrühstück ausstreckte, er keine fünf Minuten liegen konnte. Auch dem seelischen Schmerz reichten ihm die Höhe, der üble Geruch und der Pörm auf dem Hof, er hätte laut aufschreien mögen. Gegen fünf Uhr mußte er ausgehen. Er wollte im Café einen Bekannten treffen, um ihn zu bitten, ihm Geld zu leihen. Am nächsten Tage mußte er einen Wechsel bezahlen, und es schien ihm fünfzig Joty. Auf seinen Bekannten im Koffeehaus setzte er seine ganze Hoffnung. Er war Hausbesitzer, ein anständiger und gutmütiger Mann, der gewöhnlich bereit war, ihm Geld zu leihen. Doch das Unglück wollte, daß er nicht allein war. Kowalki mußte den richtigen Augenblick abpassen. Er fing an, die sentimentale Geschichte vom Minister zu erzählen, der sein Schulkamerad gewesen war.

„Ja, sehr schön“, erwiderte der Hausbesitzer. „Sie sollten zu ihm gehen. Wer weiß, ob er nicht etwas für Sie tun würde. Für alte Schulkameraden hat man immer etwas übrig.“

Kowalki wurde rot. Seit einigen Stunden dachte er den Minister so sehr, daß der bloße Gedanke, er könne sich mit einer Bitte an ihn wenden, ihm als die größte Vermittlung erschien. Sich an einen solchen Schürken wenden, dem er so ein wenig so gut gegangen war? Nein! Und selbst wenn er verborgen sollte — nein! Er lachte laut auf.

„Der würde nichts für mich tun!“

„...was? Nicht?“

„Weil er von mir eins in die Fresse bekommen hat.“

„Don Ohnen?“

In den strahlenden Augen des Hausbesitzers blitzte es hellmüßig auf. Es kam ihm offenbar komisch vor, daß Kowalki jemand eins in die Fresse hauen konnte. Das machte Kowalki wütend. Für einen Trottel also bieten sie ihm alle.

„Jambob, du mir“, wiederholte er herausfordernd.

„Wann denn?“

„Als wir in die Schule gingen, in der Sextal!“

Der Hausbesitzer und der neben ihm stehende ältere Herr brachen in Gelächter aus.

„Wohin laden Sie, meine Herren?“ rief Kowalki heraus, der fühlte, daß es ihm vor den Augen schwarz wurde.

„Dahin! Wären Sie in der Schule so kampfmüßig“, entgegnete der Hausbesitzer amüßig, „jetzt würden Sie gewiß niemand verprügeln.“

„Ich würde niemand verprügeln!“

„Sie leben nicht so aus.“

Kowalki sprang auf, verfeht dem Hausbesitzer aus voller Kraft einen Schlag ins Gesicht und begann, die auf dem Tisch stehenden Gläser mit Klirren und Krachen kurz und klein zu schlagen.

Wladimir Perunski.

(Aus dem Polnischen von Dr. Wilhelm Christiani, Berlin.)

# Aus der Geschichte der evangelischen Kirche in Bromberg.

Bei der Verfassung des Regierungsbezirks durch Friedrich den Großen im Jahre 1772 befanden sich in Bromberg neben 600 katholischen nur zwei lutherische Familien. „Im Umkreise von 4 bis 5 Meilen um Bromberg“, schreibt Zehner in seiner Geschichte des evangelischen Kirchspiels Bromberg (Bromberg 1837), „existierte keine evangelische Kirche und kein geistliches Amt dieser Konfession, so daß nur zumellen, etwa alle halbe Jahre ein Geistlicher aus Pölsens oder Horn erschien, um den Evangelischen in Bromberg und in den evangelischen Kolonisationsorten der Umgegend das heilige Abendmahl zu spenden und andre Amtshandlungen zu verrichten.“ Der König ließ zur Kulturförderung des Landthums nicht nur den Bromberger Konvikten und jährliche Anstifter bereithalten, sondern sorgte auch notwendig für die geistlichen Bedürfnisse der letzteren, indem er durch eine Rabinetsorder vom 5. Oktober 1772 anordnete, „daß man in dem neuangeordneten Distrikte vorläufig vier Scheunen zum Gottesdienst opierte, auch vier Prediger und vier Schulmeister anstellte.“ Als Wohnplätze wurden den vier lutherischen Geistlichen die Städte, Bromberg, Magenta, Wandenburg und Zempelburg angewiesen. Der Bromberger wurde dem „Inspektor“ (Superintendenten) in Horn unterstellt. Der Umfang seiner Gemeinde (Parochie) ist heute nicht mehr genau festzusetzen; jedenfalls währten bei die Evangelischen in Bromberg, Jordan, Schalis, Vobislin mit den bei umliegenden ländlichen Ortschaften. Ihre Seelenzahl kann nicht bedeutend gewesen sein, da sich aber durch Anstifter bald stark vermehrt. Vobislin und Umgegend konnte schon 1782 als eigene Pfarrengemeinde abgeteilt werden. Der erste Geistliche Brombergs, Gebhardt, hielt seine „Anfangspredigt“ am 2. Osterfeiertag 1773, nahm aber, „um ruhiger und bequemer zu logieren“, seine Wohnung im Dorfe Pölsenaue, wo sich ein altes hölzernes Bethaus befand, und blieb daselbst ein Jahr lang in seinem Bower „im Sommer auf einem Speicher, im Winter in einer Kammer“, worauf er nach Bromberg kam. Der Gottesdienst wurde anfangs in einem Salkhause abgehalten, für welches man erst 1774 einige Bänke anschaffte. „Es wurden zu diesem Zwecke 15 zum Kanalbau unbrauchbare Bretter erboten und auch bemilligt“ (Zehner). Von 1776 bis 1787 fand der Gottesdienst im Bodentraum des alten Rathhauses auf dem Markte statt. Die Gebäude befand sich aber in einem derartigen Zustande, daß, am 18. Juli 1784, einem Sonntag, ein verfallener Balken herabfiel, zum Glück noch ohne die Gemeinde verunglückt war. Am 1. Advent 1786 fielen während des Gottesdienstes Steine herab, wiederum zum Glück auf eine von Menschen nicht besetzte Stelle. Das hoch über dem Dach bei heftigen Schauern Schnee und Regen; die Kleider der Anstifter wurden davon benetzt, Altar und Kanzel von Schneewasser überfließen,

und wenn bei plötzlich eintretendem Frost dies Wasser zu Eis wurde, glitten die Leute darauf aus. Aus den unteren Räumen drang Rauch heraus und erfüllte das gottesdienliche Lokal. Die von außen heraufgeführte Treppe drohte einzufallen, und unter derselben war ein sinkender Schmaguinkel. Gebhardt hat daher 1784 um die Erlaubnis, Laufen und Trauungen in den Häusern verrichten zu dürfen, nach aber von der Behörde damit abgewiesen. Allerdings wurde in demselben Jahr auf Staatskosten eine Kirche mit 600 Sitzplätzen in der ehemaligen Wallstraße zu bauen begonnen, aber sie konnte erst am 21. Januar 1787 eingeweiht werden und hatte mehrere Orgel neben Glocken. Die Orgel wurde 1788 beschafft und 5 Jahre lang von einem „invidiosen Organisten“ gespielt, die Glocken 1794. In den übrigen Ortschaften des ausgeübten Bezirks wurden die Gottesdienste, die Predigungen und der Konfirmationsunterricht da, wo von früher her Bet- oder Schulhäuser waren, von 5 Schullehrern gehalten. Zu Abendmahlsfeiern bereite der Geistliche von Zeit zu Zeit den Sprengel; Laufen und Trauungen wurden meist von katholischen Geistlichen verrichtet. Seit dem Kirchbau wirkte neben Gebhardt der Rektor Hellmann 10 Jahre lang als „Kodmitmissionsprediger“. Nach Gebhardts Tode 1807 wurde während der Zeit, als Bromberg zum Herzogtum Warschau gehörte, ein kleines protestantisches Konsistorium unter dem Vorherrsche des Pfarrers Cramer errichtet, das aber 1815 wieder einging. Bei der Reorganisation der preussischen Provinzialbehörden im Jahre 1816 wurde der erste Geistliche — damals Freymark — zum Konsistorialrat und Mitglied der Bromberger Regierung ernannt, und diese Würde ist mit der ersten Pfarrstelle bis 1877 verbunden geblieben. Die alte Kirche diente während der Franzosenzeit 1/3 Jahre lang als Feuertempelkammer dienen müssen. „Die Bänke wurden von feindlichen Soldaten hinausgeworfen, die Emporen mit Getreideaufschüttungen besetzt und die Orgelpfeifen als Abfuhrrohren des Hofers gebraucht. Es wurde in einem gegenüberliegenden Saale Gottesdienst abgehalten werden.“ Am 27. März 1808 war die Kirche notwendig wieder hergestellert, aber ohne daß man für die erforderlichen Bänke gesorgt hätte. Nach 1815 mußte der Kirchenanstand wegen seiner Saumseligkeit getadelt werden“ (Zehner). In dieser alten Kirche — 1830 wurde sie wegen vermindelter Bauvalligkeit auf drei Jahre polizeilich geschlossen — hielten die Evangelischen Brombergs ausschließlich ihre Gottesdienste ab, bis 1878 die Pfölsenaue geräumig Paulskirche auf dem heutigen Freiheitsplatz (früher Weltwienplatz) unter erheblicher Beihilfe des Staates erbaut wurde. Leider wurde das alte ehrwürdige Bethaus später abgerissen, an seiner Stelle steht heute die Markthalle.

## Buchbesprechungen.

**Reden und Aufsätze zur Geschichte und Politik.** Von Prof. Dr. Johannes Haller, Stuttgart, Cotta, 5/20 RM.

Der aus alt-hohem Stamm entsprossene Lühinger Historiker vereinigt in diesem Band eine Anzahl bedeutender Ausführungen, die er in Form von Reden und Aufsätzen in den letzten Jahrzehnten gemacht hat. Sie beschäftigen sich namentlich mit der Reformation, dem Weltkrieg, „Eck und Auflebung der deutschen Nation“ (1919) und geben ein Bekanntnis zu Adolf Hitler als dem Erben, Fortsetzer und Vollerben des Bismarckischen Werkes. Uns als Oldenburgern fällt darüber hinaus besonders seine Betrachtungen über das Deutschtum in Rußland und in den baltischen Ländern. Außerdem möchten wir auch auf den einleitenden Aufsatz „Der Eintritt der Germanen in die Geschichte“ verweisen, der über die Formen germanischer Siedlung im europäischen Raum und über die geistige und politische Art der Frühgermanen uns wertvolle Kenntnisse des 1. Jahrhunderts unserer bisshieriger Auffassungen bringt. Klar arbeitet H. die Grundzüge germanischer Art heraus und zeigt, wie der German sich in ihnen bis heute treu geblieben ist, in seiner Stärke, Lebensenergie und lauffähigen Kraft. Dr. V.

**Kultur und Macht.** Von Jakob Burckhardt. Band 2 der „Deutschen Schriften“ des Verlags Alfred Kröner, Teubner. Die „Anschauungen des großen Kulturhistorikers des 19. Jahrhunderts heute auf sich beziehen zu lassen und in ihrer oft heillosigen Aktualität zu überprüfen, ist von besonderem Reiz. In einer Zeit, die scheinbar so liberaltald und jedenfalls in Maße und Willkürden sehr fast war, empfindet er das dumpe Rollen eines künftigen Gewitters. Was wird werden? Er sieht nur das Proletariat, das einst in furchtbare Revolution die gemordete Kultur zerstören wird. Ja, so wäre es bei uns und im ganzen Abendland gekommen, wenn nicht der Nationalsozialismus eine völlig neue Form des politischen Lebens und das praktische Ziel einer Volksgemeinschaft gefunden hätte, dadurch die Aufstellungen der liberalistischen Epoche überwindend, einen ihm „Vordruck“ zu liefern, der nicht nur ein neues, sondern einen neuen Charakter der „Größe“, die ihm ein Mythenium der Geschichte ist. Wenn wir seine Worte auf wahres Silbertrum (wie wir es in Adolf Hitler erleben) anwenden, so finden wir: Einigkeit, Unerschlichkeit, weiter eine über den gemöhnlichen Normen lebende geistige

und sittliche Kraft und ein Tun, das sich auf die Allgemeinheit (Volk, Kirche) richtet. — Hier ist es als ob V. unsere Führer vorausahnt und sein Wesen der Größe charakterisiert. Dr. V.

**Johannes Vinke: „In Jahr rollt übers Gebirg“, Roman. (Der Baum“, Gedichte. Leipzig, F. Staackmann, Preis gebd. 5/20 bzw. 4/50 RM.)**

Ein Dichter des mitteldeutschen Regionalgebiets, volk-, heimat- und naturverbunden, lebend hier seine ersten Bücher. Johannes Vinke ist heute schon als Mitarbeiter der nationalsozialistischen Presse bekannt. Seine Art ist es, die Dinge an sich zu geben, ohne jede Censur, wesentlich durch sich selber. Wie ein Jahr, von Herbst zu Herbst, übers Gebirg (die Grenze nach Böhmen) läuft und das Dorf als Sonnes aber, in Freude und Riten höchstschaffter Gemeinshaft, oder wie der Baum — ein Esen, als Wald, als Erbe, Wiege, Sarg oder Jahnemahl — ein Stück Schicksal, Kraft, Göttlichkeit an sich und dabei mit allem Menschenum als erste verschmilzt ist, das bietet der Dichter in seiner mitreißenden Prosa, seinen in Schönheit und Dialekt packenden Versen. Wir grüßen herzlich diesen Baum- und Bauendichter altdörflicher Erde. Dr. V.

**Friedrich der Einsige.** Von Dr. Franz Lüdtko. Verlag Friedrich Brandtler, Leipzig, 1934. 15 Seiten, kart. 0/30 RM. — Dieses kleine Heft, das in der Reihe „Deutsche Männer. Schriften zur deutschen Geschichte und Kultur“ erschienen ist, gibt in knappen Zügen ein Lebens- und Charakterbild des großen Königs. Mit wenigen Strichen sind vor allem die Tage und Ereignisse gezeichnet, die Friedrich als Mensch und Herrscher zu der einfachen Größe herantreiben ließ, auf der er als erster Diener des Staates zum Vollerben der preussischen Wissenschaft wurde. Dr. K.

**Stiftmäterin,** gebildet, statthich, ausgasen 50, alleinlebend, mädte ehenlohem Manne eine treue Lebensmätarin sein. Aussteuer nothaben. Offerten unter 3143 an das „Difland“ erbeten.

**Deine Ferien nur in der Ostmark!**